

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nummer 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altesfähre 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a 6 Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeit: oder deren Raum 15 Pfennige, für Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Zulieferer für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 90.

Freitag, den 17. April 1896.

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Arbeiterinnenlöhne und Prostitution.

Ueber dieses Thema veröffentlicht Theodor Hundhausen in der „Ethischen Kultur“ einen Artikel, worin er nachweist, daß die Ursache der Prostitution in der Hauptsache die erbärmlichen Arbeitslöhne des weiblichen Geschlechtes sind.

„Es ist nicht Zufall“, sagt er, „daß der Prostitution von jenen weiblichen Kreisen der starke Zuwachs kommt, die auf den Ertrag ihrer Arbeit angewiesen sind, und die unter den schlechten Löhnen arbeiten und leiden müssen. Die Prostitution ist für die Mädchen der arbeitenden Klasse das, was für den Mann die Vagabondage ist: der Ausdruck wirtschaftlicher und sozialer Nothlage. Vagabondage und Prostitution bekämpfen wollen, ohne die materielle Lage der darin untergehenden Kreise verbessern wollen, ist gedankenlos oder weiter nichts als Heuchelei.“

Man wende nicht ein, daß die Lage der weiblichen Arbeitskraft nicht so schlimm sei, sie ist wohl so schlimm.“ Der Verfasser beweist dies durch einige Lohnangaben und fährt dann fort: „Von diesem erbärmlichen Einkommen soll dann Wohnung, Kleidung und Nahrung bestritten werden, gewiß ein Finanzkunststück ersten Grades. Schließlich hat jeder Mensch — zumal in seiner Jugend — doch auch noch andere Bedürfnisse, als eben kümmerlich sein Leben zwischen der auf die Dauer trostlosen Lage: Arbeit, Essen und Schlaf, zu fristen. Es giebt des Schönen und Guten so viel auf der Erde, das jeder genießen will, und mit Recht genießen will, denn es gehört zum Leben. Belügen wir doch nicht einer den andern, wenn wir die Sache beschönigen. Die Mädchen werden von den ganz unzugänglichen Arbeitslöhnen direkt auf den entwürdigsten Nebenverdienst angewiesen. Man verhandle doch nicht scheinheilig die Wahrheit: die Geschäftsbranchen rechnen bei Festsetzung der Arbeitslöhne mit diesem „Nebenverdienst“. Offen wird dies ja nicht zugestanden, denn das klingt nicht gut, aber man thut es stillschweigend.“

Ueber diese häßlichen Dinge hilft kein Herumdrücken mit billigen Klagen mit den gestiegenen Luxus und über das Drängen nach den Städten. Hier handelt es sich um wirklich gebrauchte, aber nicht bezahlte Arbeitskräfte. Wir stehen vor einer Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, über die mancher altrömische Sklavenhalter den Kopf mißbilligend schütteln würde, denn er gab wenigstens seinen Sklaven satt zu essen. Man kehrt sich in gerühmten christlichen Staat den Pfifferling an das Jesusswort, daß ein Arbeiter auch seines Lohnes werth sei, sondern schneidet sich das Christenthum nach Wunsch und Bequemlichkeit zurecht. Man thut gerade, als stände im Vaterunser nicht die Bitte: „Führe uns nicht in Versuchung!“

Das Arbeitseinkommen zu gering zum Leben, das Stehlen verboten, die Prostitution tolerirt — wenn das keine Versuchung für die Mädchen ist, der Prostitution zu erliegen, zumal ihnen die besitzenden Klassen dann goldenen Lohn versprechen, ja, was ist dann Versuchung? Ein Mädchen, das sich unter diesen Umständen anständig durchbringt, hat mehr Charakter als mancher große Mann und mehr Muth und Tapferkeit als mancher große Feldherr.“

Der Verfasser weist dann den beliebten Einwand zurück, das Gewerbe sei, um bestehen zu können, nicht in der Lage, höhere Arbeitslöhne zu zahlen. „Billige Waaren sind gewiß zu loben und volkswirtschaftlich zu wünschen, aber Waarenpreise, die unter den Produktionskosten stehen, sind unwirtschaftlich und schädlich, ganz gleich, ob die Unternehmer den Schaden aus ihrer Tasche zahlen, oder ob die Arbeiter durch ungenügende Löhne dafür aufkommen oder büßen müssen.“

Weiter heißt es in dem Artikel, die Hebung der Arbeitslöhne der Arbeiterinnen müsse für die in Frage kommenden Branchen allgemein vorgenommen werden und dazu sei die Organisation der Unternehmer, andererseits die der Arbeiterinnen nöthig. Aber neben dem demoralisirenden Einfluß der Prostitution sei das Vereinsgesetz ein Hinderniß, „das jeder Frauenorganisation Fesseln auflegt, die ihren sozialen Zweck illusorisch machen. Es genügt schon, die berufsgewerbliche Organisation der

Frauen zu einer politischen zu erklären, und das ist fast leichter als einen eventuellen Dolus zu konstruiren, was gewiß heute viel im lieben deutschen Vaterlande heißen will, — und es ist aus mit der Organisation.“

Der Verfasser verlangt deshalb die Förderung der Arbeiterinnenorganisation durch Hinwegräumung aller Hindernisse. „Politische Bedenken haben dabei nicht mitzureden. Gelingt es nicht, auf diesem Wege den Arbeiterinnen — darunter sind selbstverständlich auch Ladenmädchen, Schneiderinnen u. s. w. verstanden — einen zum anständigen Leben genügenden Arbeitslohn zu verschaffen, dann bleibt nichts übrig als ein herzhafter Schnitt ins faule Fleisch: Ein gesetzlicher Minimallohn für Arbeiterinnen.“

Bei dem tiefen Starbe, den das Deutsche Reich gegenwärtig in Fragen der Sozialpolitik einnimmt, ist leider nicht anzunehmen, daß man die Arbeiterinnen so bald aus der unwürdigen Stellung befreien wird, die sie in den Vereinsgesetzen und durch die noch verderblicheren Gefinde-Ordnungen zugewiesen bekommen. Schon die Thatsache, daß ein Mann wie Stumm, der mit dem fanatischsten Haß gegen die Organisation des arbeitenden Volkes förmlich pöbelt, eine maßgebende Stelle im öffentlichen Leben spielen kann, kennzeichnet die hoffnungslose Situation genügend, in der sich die Sozialpolitik heutzutage befindet.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine weitere Nachwahl für den Reichstag steht in Aussicht, und zwar in Löwenberg (Siegnitz 5). Das Organ des Bundes der Landwirthe fordert die Landwirthe des Kreises auf, sich über einen Nachfolger des jetzigen Abgeordneten, Landraths von Holleuffer, zu verständigen, da dieser voraussichtlich demnächst zum vortragenden Rath befördert werde. Bei den letzten allgemeinen Wahlen wurde der Deutschkonservative von Holleuffer mit 5051 gegen 4486 Stimmen der freisinnigen Volkspartei gewählt. Es wurden 78 sozialdemokratische Stimmen abgegeben.

Die Reichskommission für Arbeiterstatistik ist am Montag zusammengetreten zur Vornahme mündlichen Vernehmungen von Auskunftspersonen über die Verhältnisse in der Kleiderkonfektion. Für die Herren- und Knabenkonfektion sind Auskunftspersonen geladen aus Berlin, Stettin, Achaffenburg, Stuttgart und Eßlingen bei Stuttgart, für die sogenannte Arbeiterkonfektion aus Lübeck, Herford und Gadderbaum bei Bielefeld, für die Damenkonfektion aus Berlin, Breslau und Erfurt. Unter den Auskunftspersonen befinden sich Unternehmer, sogenannte Zwischenmeister und Arbeiter sowie Arbeiterinnen. Geladen sind 74 Auskunftspersonen, deren Vernehmung voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen wird. Ueber die Vernehmungen wird stenographisch Protokoll geführt.

Daß eine abermalige Konferenz über die Vereinfachung für Arbeiterversicherungsgesetze demnächst zusammentreten soll, wird von der „Nordd. Allg. Ztg.“ für unrichtig erklärt.

Vier Kandidaten bewerben sich um das Mandat des Kreises Ruppiner-Templin. Von unseren Genossen ist wieder Genosse Julius Apelt aufgestellt, die Freisinnige Volkspartei hat den Rittergutsbesitzer Lessing aufgestellt, von dem nichts weiter bekannt ist, als daß er der Sohn des Geheimen Justizraths Lessing, des Hauptbesizers der „Vossischen Zeitung“ und der Schwiegersohn des Berliner Oberbürgermeisters Zelle ist. Die Konservativen, die hocherfreut waren, daß ihnen diesmal ein Kandidat des Bundes der Landwirthe nicht in den Weg kommt, haben endlich einen Kandidaten aufgetrieben, den Landtags-Abgeordneten und Rittergutsbesitzer Lamprecht. Ihre Freude über die ausnahmsweise Disziplin der Bündler wird sehr gestört durch die Antisemiten, welche als Kandidaten der „Reformpartei“ den Kaufmann Schuckert aufgestellt haben. — Nach dem dem „Vorwärts“ aus dem Wahlkreise zugehenden Stimmungsberichten sind die Aussichten für unseren Kandidaten vorzügliche. Die Genossen im Kreise werden alles daran setzen, diesmal in Stichwahl zu kommen. Schon das Abtreiben aller Versammlungslokale seitens unserer Gegner beweist aufs deutlichste, daß große Fortschritte der Sozialdemokratie von unseren Feinden befürchtet werden.

Buchdruckereien und Schriftgießereien. Dem Bundesrath ist seitens des Reichskanzlers eine Vorlage gemacht worden über den Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der Buchdruckereien und Schriftgießereien. Die Bekanntmachung nimmt Bezug auf den § 120 c der Gewerbeordnung und betrifft die Lage, Höhe und Beschaffenheit der Räume, den Mindestumfang des Luftraums für jede in den Räumen beschäftigte Person, die Beschaffenheit der Fußböden, den Anstrich der Wände und Decken, die Beschaffenheit der Seerpulte und Regale, die Lüftung und Reinigung, das Auspucken, die Wascheinrichtungen, die abgelegten Kleidungsstücke, die Beleuchtungseinrichtungen.

Die Kommission für die reichsgesetzliche Regelung des Apothekenwesens, die am Montag im Reichsamt des Innern zusammentrat, setzte Dienstag im Bundesrathssaale des neuen Reichstagsgebäudes ihre Verhandlungen fort. Voraussichtlich dürften die Beratungen die ganze Woche in Anspruch nehmen. Nach einem Beschluß der Kommission sollen die Beschlüsse vorläufig geheim gehalten werden.

Die Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch nahm am Dienstag die durch die Ferien unterbrochenen Arbeiten wieder auf. Zur Verhandlung stand vom zweiten Buch (Recht der Schulverhältnisse) im 25. Titel § 813, der vom Schadensersatz aus Gründen der Billigkeit handelt, auch wenn der Urheber für den verursachten Schaden nicht verantwortlich ist. Aus Anlaß verschiedener Anträge entspann sich eine längere Debatte, die Bestimmung wurde aber schließlich unverändert angenommen. § 814 betrifft die solidarische Haftbarkeit für den Schaden, der durch eine von Mehreren gemeinschaftlich begangene unerlaubte Handlung verursacht wird. Der Paragraph bleibt unbeanstandet. Zu § 818 („Wer einen Anderen zu einer Verrichtung bestellt, ist zum Ersatz des Schadens verpflichtet, den der Andere in Ausführung der Verrichtung einem Dritten widerrechtlich zufügt“) beantragte Abg. Gröber, einen besonderen Paragraphen anzufügen, in welchem der Betriebs-Unternehmer einer Eisenbahn, Dampfschiffahrt, Bergwerk, Steinbruch u. s. für jede im Betriebe vorkommende Schädigung der Gesundheit eines Menschen haftbar gemacht wird. Geh. Rath Struckmann wendete sich gegen den Antrag, welcher wesentlich abweicht von den in Betracht kommenden bestehenden Gesetzen. So weitgehende Aenderungen lassen sich im Rahmen des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht vornehmen. Man müsse es der sozialpolitischen Gesetzgebung überlassen, Erweiterungen in der bezeichneten Richtung zu schaffen. Geh. Rath v. Pland hielt es ebenfalls für unzulässig, die Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes im Bürgerlichen Gesetzbuch herbeizuführen. Der Antrag Gröber wird darauf abgelehnt. § 819 betrifft den Ersatz für Wildschaden und besagt im Wesentlichen: „Wird durch Roth-, Schwarz-, Elch-, Dam- oder Rehwild ein Grundstück beschädigt, an welchem dem Eigenthümer das Jagdrecht nicht zusteht, so ist der Jagdberechtigte verpflichtet, dem Verletzten den Schaden zu ersetzen.“ Abg. Gröber beantragt, die Ersatzpflicht auch für Beschädigungen durch Hasen oder Fasanen aufzuerlegen; außerdem beantragt Gröber, § 819 folgenden Absatz anzufügen: „Ist der Schaden durch Schwarz- oder Rothwild entstanden, das seinen Stand auf einem Grundstück hat, an welchem dem Erschöpflichen das Jagdrecht oder die Ausübung des Jagdrechts nicht zusteht, so ist diesem der an jenem Grundstück zur Erstattung des geleisteten Schadenersatzes verpflichtet.“ Geh. v. Malchahn (kons.) beantragt dagegen, den ganzen § 819 zu streichen und im Einführungsgesetz einen Hinweis aufzunehmen, daß die Regelung der Wildschadensfrage der Gesetzgebung der Einzelstaaten überlassen bleibt. Abg. Günther (nat.-lib.) unterstützt den Antrag v. Malchahn. Die Wildschadensfrage könne nur entschieden werden unter Berücksichtigung der Verhältnisse der einzelnen Länder. Eventuell würde er mit einigen Einschränkungen für den Antrag Gröber stimmen. Regierungsseite wird gegenüber dem Antrage v. Malchahn darauf hingewiesen, daß in vielen deutschen Staaten wie Württemberg, Sachsen, Hamburg und Lübeck eine gesetzliche Haftpflicht für Wildschaden nicht existirt. Die Frage des Hafenschadens nach dem Antrage Gröber zu regeln, sei nicht wünschenswerth, da, wenn man eine Entschädigung für solchen festsetze, den Gemeindegeldern schwer, oder doch nur zu sehr geringen Preisen zu vergeben sein würden. Der Schaden werde hauptsächlich angerichtet an Baumschulen im freien Felde, die nicht

genügend geschützt sind. Dann komme die Schwierigkeit des Beweises in Betracht, woraus zahlreiche Prozesse entstehen würden. Abg. H. in Burg (konf.) macht geltend, jede Ausdehnung der Wilschadenersatzpflicht habe die Wirkung, daß das Wild vermindert und mehr und mehr ausgerottet werde. Bei der Abstimmung werden beide Anträge Gröber mit 12 gegen 7 Stimmen angenommen, wodurch der Antrag Maßbahn beseitigt ist. — § 820 (Schadenersatz für die Folgen eines Gebäude-Einsturzes) wurde unverändert angenommen und die weitere Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

Zu den Beschlüssen der sächsischen Landeskonferenz nahm eine am Montag im Pantheon in Leipzig abgehaltene, von über 1800 Personen besuchte Parteiverammlung des 12. und 13. sächsischen Reichstagswahlkreises Stellung. Nachdem Genosse Grenz über die Konferenz berichtet hatte, legten die Genossen Pinfau, Dr. Schoenlant und Geyer ihren Standpunkt klar. Um den persönlichen Kampf zu vermeiden, sah Genosse Pinfau davon ab, seine gegen die „Leipziger Volkszeitg.“ gerichtete und auf der Landesversammlung zurückgezogene Resolution einzubringen. Obgleich sich noch zehn Genossen zum Wort gemeldet hatten und vier Resolutionen vorlagen, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen, und folgender Antrag des Agitationskomitees in seinem ersten Absatz gegen 5, in seinem zweiten Absatz gegen etwa 40 Stimmen angenommen.

1. Die Parteiverammlung des 12. und 13. sächsischen Reichstagswahlkreises lehnt eine Theiligung bei den nächsten Landtagswahlen ab. Eine fortgesetzte Thätigkeit für Eringung des gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts ist selbstverständlich bei jeder Gelegenheit zu betreiben.

2. Die in Frage kommenden Landtags-Abgeordneten Goldstein und Pinfau werden aufgefordert, ihre Mandate niederzulegen.

Außerdem wurde noch folgende Resolution gegen wenige Stimmen angenommen:

„Die Versammlung mißbilligt ganz entschieden das Vorgehen der Abgg. Raden, Pinfau u. a. sowohl gegen die „Leipziger Volkszeitung“ selbst, als auch gegen die Person des Genossen Schoenlant. Sie spricht der „Leipziger Volkszeitung“ und dem Agitationskomitee für ihre Haltung bezw. der Wahlrechtsbewegung ihre volle Sympathie aus und verwahrt sich dagegen, daß sie vom Agitationskomitee oder von der „Leipz. Volkszeitung“ terrorisiert worden ist. Die Schreibweise der Zeitung einschließlich des Wohenartikels unterzeichnet mit „Cri Cri“, die „Heiligkeit“ des Mandats betr., entspricht in allen Punkten den Ansichten der Versammlung.“

Durch diese Beschlüsse haben sich unsere Leipziger Parteigenossen außerhalb der Parteidisziplin gestellt. Von ihnen, die sich sonst mit ihrem Eifer für die sozialdemokratische Sache brüsten, hätten wir etwas anderes erwartet. Gewiß, es war ihnen unbenommen, so lange weiter zu agitieren, bis ihre Meinung über das Verhalten zu den Landtagswahlen siegreich durchgedrungen war, nimmermehr aber durften sie offen meutern. Es scheint ihnen, danach zu schließen, das demokratische Pflichtgefühl noch sehr abzugehen. Was sollte daraus werden, wenn jeder meutern wollte, sobald seine Meinung einmal auf einem Parteitage nicht durchgeht? Hoffentlich besinnen sich unsere Leipziger Genossen noch rechtzeitig eines Besseren.

Ueber den zunehmenden Einfluß der Sozialdemokratie ist das Hamburger Bismarckblatt, die „Hamb. Nachr.“, dieser Tage ganz aus dem Hänschen gerathen. Das Blatt spricht Gift und Galle darüber, daß man uns zur Zeit nicht mit einem „Spezialen“ strangulieren kann. Doch was nicht ist, kann noch werden, tröstet sich das Blatt; es hofft, die jetzige Reichsregierung werde schon mit einem Ausnahmegesetz kommen, wenn sie einem entgegenkommenderen Reichstag gegenüber stehe. Ja wenn, da liegt der Hase im Pfeffer. Es will nichts mehr glücken. Einstweilen stattdes Blatt der Reichsregierung den Dank dafür ab, daß sie wenigstens von den vorhandenen Waffen ausgiebigen Gebrauch mache. Man sieht, wenn die Trauben sauer sind, versteht selbst das Bismarckorgan bescheiden zu sein. Die überall in Fluß gefommene Lohnbewegung und die umfanglichen Vorbereitungen der Arbeiter zu einer würdigen Demonstration am 1. Mai haben das Blatt in helle Wuth versetzt. In allen Varianten wird gegen die Streikheker aufgewiegelt, denen sowohl mit der Strenge des Gesetzes auf den Leib gerückt als wie den armen Verführten die Macht des Bürgerthums begreiflich gemacht werden müsse. Aber nun kommen die Klagelieder, daß nicht jede Art von Verleitung zur gemeinschaftlichen Arbeitseinstellung mit harten Strafen geahndet werden könne, und das Vertrauen der industriellen Arbeitgeber in ihre Widerstandskraft geschwunden sei. Daß es so weit gekommen sei, dafür wird den „Sozialen“ aller Rüancierungen die Schuld aufgeladen, hätten sie doch dem „Salonsozialismus“ die Stätte bereitet. Das Blatt muß zugeben, daß heute das Begehren des „Arbeiterfeiertags“ viel Sympathie bei den gebildeten Schichten findet. Das paßt dem „Schreibwolf“, dessen Idealkreis sich in der Brutalität der Ausnahmegesetzgebung erschöpft, freilich schlecht in den Kram. Deshalb fragt das Blatt auch ganz zaghafterweise, wird es Arbeitgeber geben, die ohne Banken alle Zumuthungen in Bezug auf den 1. Mai, einerlei von welcher Seite und in welcher Form sie kommen, von der Hand weisen? Oder wird nicht mancher an dem fatalen Tage ein Auge zudrücken und denken, es ist das geschickteste, kein Aufhebens von der Sache zu

machen? — Wie der seitherige Verlauf der meisten Ausstände ausweist, ist das Gros der Unternehmer doch einsichtiger als das Bismarckblatt und seine zu der Kategorie der Scharfmacher gehörenden Hintermänner. Das Gros des Unternehmertums läßt sich durch derartige Tiraden nicht blenden, der wirtschaftliche Vortheil geht ihm doch über den Machtkitel des Herrenrechts und die Arbeiter verühren die angezogenen Wadenkneiferien nicht. Und solche Leute maßen sich an, die Bekämpfung der Sozialdemokratie als ihre Spezialaufgabe zu betrachten. Armes Bürgerthum, wie schlecht bist du berathen.

Zur Kennzeichnung König Stumm und der Verhältnisse im Saarreviere theilt das „Volk“ nachstehend einige Thatfachen mit: Vor einigen Wochen stand die Eingemeindung von St. Arnual in Saarbrücken zur Verhandlung. St. Arnual gehörte bisher zur Gemeinde Brebach, wo Frhr. v. Stumm wohnte. Vor der entscheidenden Abstimmung ließ Kommerzienrath Böcking, der Schwager Stumms, die auf der Halberger Hütte beschäftigten Arbeiter aus St. Arnual kommen und befahl ihnen nicht nur, gegen die Eingemeindung zu stimmen, sondern sagte auch die Drohung hinzu, daß jeder Arbeiter, der diesem Befehl zuwiderhandle, entlassen werden solle. Als es sich um die Verlängerung der Straßenbahn von Station Halberg nach Brebach handelte, sprach in der Vorbesprechung der Landrath von Saarbrücken, Vake, sich dafür aus. Er änderte später seine Ansicht, nachdem Frhr. v. Stumm in dem entgegengelegten Sinne gesprochen und auf seinen Einfluß beim Kaiser hingewiesen hatte. — Stumm wird nachgerade gemeingefährlich.

Zum 8 Uhr-Ladenschluß befindet sich im „Echo“ ein „Eingefandt“, das wir wegen seiner Wichtigkeit unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Der Einfander schreibt:

„Der 8 Uhr-Ladenschluß scheint hier wirklich eine große Aufregung zu verursachen, wenn man aber die Sache im richtigen Lichte betrachtet und sieht, wie es in anderen Ländern sich bewährt hat, muß man sich doch wundern, daß man erst jetzt zu einem solchen Entschlusse gekommen ist und ist es wieder ein Beweis, wie lange der deutsche Michel auf sich warten läßt. In England ist der frühzeitige Ladenschluß schon längst eingeführt und nicht allein damit zufrieden, hat sich eine „Early Closing Association“ gebildet, welche verursacht hat, den Gehülfen und Gehülfinnen in den Ladengeschäften auch einen Nachmittag in der Woche frei zu machen. So sind z. B. in London die Manufaktur-Geschäfte jeden Donnerstag um 2 Uhr geschlossen; jede Branche richtet sich eben nach der Geschäftslage, giebt aber den Angestellten stets einen halben Tag der Woche frei. Im Anfang weigerten sich einige Ladenbesitzer, namentlich in Kingsland Rd. Dalston, aber sie wurden von dem Publikum so boykottirt, daß sie schnell nachgaben. Die Ladenbesitzer (und ich bin selbst dort ein solcher) sind nur zu froh über dieses Arrangement, denn es giebt ihnen und den Gehülfen Zeit zur Erholung, trotzdem dort Sonntags vollständig geschlossen ist. Sonnabend ist natürlich bis spät geöffnet, da dieser Tag eben der hauptsächlichste ist. Der Konsum hat auch nicht durch die frühzeitige Schließung gelitten, denn das Publikum hat sich schnell daran gewöhnt und weiß es eben nicht besser. Freilich ist es dort nicht Gesetz, wie man es hier machen will, sondern freier Wille und Einigkeit! Aber die Einigkeit fehlt hier eben und darum ist es absolut nothwendig, daß es Gesetz wird, denn es giebt hier so viele schmutzige Krämerseelen, die ihren Nachbarn oder Konkurrenten nichts gönnen und nie genug bekommen können, welche sich daher auch nie zu einem freiwilligen frühzeitigen Ladenschluß entschließen würden. Viele Angestellte in Ladengeschäften sind erbärmlich besorret und die Gesundheit derselben, namentlich der jungen Mädchen, wird zeit lebens untergraben. Man braucht nur die englischen und deutschen Ladenmädchen zu vergleichen, um den Unterschied zu sehen. Wenn alle Laden-Inhaber nur einig wäre, so ließe sich die ganze Sache ohne Gesetz abmachen und das vernünftige Publikum würde ein solches Unternehmen nur unterstützen und die weißen Sklavenreiber würden bald erkenntlich dastehen! Die meisten Schreier gegen das Gesetz sind meiner Meinung nach nur solche Leute, welche überhaupt gar keine Gehülfen halten, sondern Lehrlingsarbeit ausnützen!“

Vom Arbeiterfeiertag. In der „Vossischen Zeitung“ lesen wir:

„Der 1. Mai, der Arbeiterfeiertag, wird in diesem Jahre in Berlin in großem Maßstabe gefeiert werden. Viele Arbeitgeber im Süden und Osten haben mit Rücksicht auf die Eröffnung der Berliner Gewerbe-Ausstellung ihren Arbeitern erklärt, daß sie gegen die diesjährige Maifeier nichts einzuwenden hätten. Fast sämtliche Gewerkschaften werden am 1. Mai Festversammlungen abhalten. Da in Berlin alle Säle bereits vergeben sind, sollen Maifeiern der Berliner Arbeiter auch in den Vororten stattfinden.“

Im Interesse einer friedlichen Regelung der Frage des 1. Mai wollen wir hoffen, daß diese Mittheilung sich bewahrheitet. Schon die Klugheit sollte den Unternehmern die Folgen großer sozialer Kämpfe während der Dauer der Gewerbe-Ausstellung klarlegen.

Gegen das Absteifen von Eiden bei kleinlichen, unbedeutenden Prozessen nahm kürzlich eine von ca. 800 Personen besuchte Versammlung in Herford Stellung. Während der sehr lebhaften Debatte wurden zahlreiche Fälle vorgeführt, bei welchen Leute wegen eines Hühnerprozesses oder in einem Rechtsstreit wegen Straßenreinigung als Zeugen feierlich Gott anrufen mußten. Um die „Eidesnoth“, die den Widerwillen und den Mißmuth

weiterer Kreise oft schon veranlaßt hat, abzuhelfen, hat die Versammlung eine Petition an den Reichstag abgefaßt, in welcher es unter anderem heißt: „Es gereicht unserem christlichen Volke zum Aergerniß, daß es sich um der geringfügigsten Kleinigkeiten wegen dem Eideszwang unterwerfen muß. Der Eideszwang ist eine schwere, jeden ernst gerichteten Menschen tief erregende, staatsbürgerliche Pflicht, die nur in durchaus nöthigen Fällen gefordert werden sollte. Zur Ermittlung der Wahrheit reicht in unbedeutenden Rechtsfällen die eidesstattliche Versicherung aus. Wir beantragen danach, dem § 64 der Strafprozeß-Ordnung einen Absatz 2 beizufügen, in welchem es heißt: In den Verhandlungen vor dem Schöffengericht und vor dem Landgericht in der Berufungsinstanz, sofern diese Verhandlungen eine Uebertretung betreffen, tritt an Stelle der Eidesleistung die eidesstattliche Versicherung. Da der § 156 des Strafgesetzbuches eine falsche eidesstattliche Versicherung mit Gefängniß bis zu drei Jahren bedroht, ist wohl eine ausreichende Garantie für die Ermittlung der Wahrheit gegeben.“

Lübeck und Nachbargebiete.

16. April.

Zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister beim preussischen König ist an Stelle des verstorbenen Dr. Klüger der Lübecker Senator Dr. Klügmann von den Senaten der Freien Hansestädte ernannt worden.

Senatorenwahl. Da Senator Dr. jur. R. B. Klügmann auf Grund des Artikels 9 der Verfassung am Mittwoch aus dem Senate ausgeschieden ist, so muß demnächst eine Ersatzwahl für ihn stattfinden. Der Kreis, aus welchem der neue Senator genommen wird, zählt etwa 25 Personen. Am meisten Aussicht soll Dr. Fehling, der Wortführer der Bürgerschaft, haben. Die Wahl soll bereits am 4. Mai stattfinden. Der jetzige Gesandte, frühere Senator, Dr. Klügmann wurde am 22. Dezember 1835 geboren und am 19. April 1880 zum Senator erwählt.

Der Bürgerschaft hat gestern (Mittwoch) eine Sitzung ab. Zunächst gab der Wortführer Dr. Bremer bekannt, daß zum bürgerlichen Deputirten bei der Ober-Schulbehörde an Stelle des abtretenden H. W. Lindenberg aus den vom Bürgerausschuß dazu vorgeschlagenen H. Fr. Martz erwählt ist. Zur Neuwahl bürgerlicher Deputirter: 1. bei der Einquartierungsbehörde für die Stadt (Johannis-Quartier) an Stelle des abtretenden F. A. H. Vöbe; 2. bei dem Wert- und Zuchtthaupe zu St. Annen u. an Stelle des abtretenden A. F. Koch, b. an Stelle des abtretenden R. J. V. Jüris; 3. bei der Wasserlöschungs-Kommission a. (Mikauer Bezirk) an Stelle des abtretenden G. B. Knandt zu Absfelde, b. (Postenthor-Bezirk) an Stelle des abtretenden J. F. Kahl, früher in Bureau, beschloß der Bürgerausschuß dem Senate Wahlvorschlüge entgegenzubringen. Der Wortführer theilte sodann mit, daß Th. Sartori als Vorsitzender der am 19. Februar d. J. niedergesetzten Kommission zur Vorprüfung der Senatsvorlagen, betr. Erlaß einer revidirten Bauordnung für die Stadt Lübeck und deren Vorstädte, sowie für Travensünde, und Erlaß eines Nachtrages zum Gesetz betr. den Anbau an Wegen in den Vororten der Stadt Lübeck vom 27. Dezember 1893, ihm angetraut habe, daß die Kommission in Folge der Unmöglichkeit ihrer Arbeiten nicht in der Lage gewesen sei, ihren Bericht innerhalb der vorgeschriebenen Frist zu erstatten. Alsdann beschäftigte sich der Ausschuß mit den Senatsvorlagen. Zunächst beschloß der Bürgerausschuß, das Finanzdepartement zu ermächtigen, dem Gärtner A. F. Th. Edmann das zwischen dessen Grundstücke Schwartzauer Allee Nr. 100 und dieser Straße belegene, ca. 300 Qu.-Mtr. große Areal im Austausch gegen drei zusammen ca. 465 Qu.-Mtr. große Landstücken an der Schwartzauer Allee und der Eisenstraße unter festgesetzten Bedingungen zu überlassen. Ein hierzu von Dr. Stoofs gestellter Antrag: „Käufer und dessen Rechtsnachfolger in Eigenthum des Grundstückes Schwartzauer Allee Nr. 100 haben sich das Ueberwachen der Alleebäume über das Grundstück ohne Anspruch auf Entschädigung gefallen zu lassen“ wurde ebenfalls angenommen. — Ferner wurde die Mitgenehmigung des Senatsantrages ausgesprochen, welcher das Finanzdepartement ermächtigte, an den Kaufmann H. F. G. Grabenetz das fast inmitten des Grundstückes Lützenstraße Nr. 25 belegene, 203 Qu.-Mtr. große Staatsareal gegen einen bei der Um- und Zuschrist baar zu zahlenden Kaufpreis von 900 Mtr. zu verkaufen. — Auch dem folgenden Senatsantrag, der Geographischen Gesellschaft zu den Kosten der erdmagnetischen Station hierseits für die drei Jahre 1896, 1897 und 1898 eine jährliche Beihilfe von 400 Mtr. aus öffentlichen Mitteln zu gewähren, wurde die Mitgenehmigung erteilt. — Sodann erklärte sich der Bürgerausschuß dem Antrage zustimmig, daß die Baudeputation zur Herbeiführung einer geraden Baustraßenlinie auf der westlichen Seite der Balauerstraße zwischen Regidienstraße und Wahnstraße ermächtigt werde, von dem Straßenareal vor dem Hause Nr. 28 ein Stück von 0,40 Qu.-Mtr. gegen ein gleiches aus dem Grundstück Nr. 26 des Kaufmannes J. F. H. Wieggers zur öffentlichen Straße abzutretendes Areal unentgeltlich auszutauschen und dem Kaufmann Wieggers eigenthümlich zu überlassen. — Ausgenommen wurde alsdann die in der Versammlung des Bürgerausschusses vom 4. März d. J. ausgesprochene Verathung über den am 24. Februar d. J. in der Bürgerschaft von Dr. Vermehren gestellten, dem Bürgerausschuß zu näherer Erwägung überwiesenen Antrag: „Die Bürgerschaft wolle den Senat eruchen, eine Revision der Bestimmungen in den §§ 2 und 7 des Einkommensteuergesetzes in Erwägung zu ziehen.“ Es wurde beschloffen, den Gegenstand zur Vorberathung an eine aus drei Mitgliedern bestehende Kommission zu verweisen. In dieselbe wurden erwählt: 1. Dr. Vermehren, 2. Dr. Wenda, 3. Dr. Bries. (Ersatzmann Fuß.) Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Das Vermietten von Bötten. Unter Aufhebung seiner Verordnung vom 13. Juni 1895, betreffend das Vermietten von Bötten in der Stadt und deren Vorstädten, hat das Polizeiamt verordnet: § 1. Wer gemerksmäßig Bötten zum Rudern oder Segeln vermietten will, hat dazu Erlaubniß des Polizeiamtes einzuholen. § 2. Beim Nachsuchen der Erlaubniß (§ 1) hat der Unternehmer die von ihm zu vermietenden Bötten zur polizeilichen Besichtigung anzumelden. § 3. Die erteilte Erlaubniß bezieht sich nur auf die bei der polizeilichen Besichtigung tauglich befundenen Bötten. Jedes dieser Bötten erhält vom Polizeiamte eine Nummer; gleichzeitig bestimmt das Polizeiamt die Höchstzahl der in dem Boot zuzulassenden Personen. § 4. Der Bootvermieter hat die dem einzelnen Boot vom Polizeiamte beigelegte Nummer außen am oberen Rande des Bootes nach vorne auf beiden Seiten,

Die festgesetzte Höchstzahl der in dem Boote zuzulassenden Personen am inneren Rande desselben oben zu beiden Seiten anbringen zu lassen. Die Zahlen sind, jede mindestens 5 cm hoch, in weißer Farbe auf dunklem Grunde aufzutragen und stets in Farbe zu halten. § 5. Der Bootvermieter hat die Mietshöbte stets in reinlichem und tauglichem Zustande zu erhalten. § 6. Es ist verboten, an Kinder unter 15 Jahren Boote zu vermieten. 7. Die Erlaubnis ist zurückzunehmen, wenn der Vermieter Thatsachen oder Unterlassungen sich hat zu Schulden kommen lassen, die seine Unzuverlässigkeit in Bezug auf den Gewerbebetrieb darthun, insbesondere wenn wegen wiederholter Uebertretungen dieser Verordnung Straftat geworden ist. § 8. Uebertretungen dieser Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Im ausgerichtlichen Zwangsversteigerungstermin am Mittwoch wurden aufgeboten: 1) Das A. P. Möller gehörige Grundstück Hügstraße 75; dasselbe wurde zu 0800 Mk. eingekauft und für 21400 Mk. dem Pfandläubiger F. H. W. Wienck zugeschlagen; das Grundstück war mit 28750 Mk. beschwert; 2) das B. F. W. Schwarz gen. Drowes gehörige Grundstück Marlesgrube Nr. 15. Die Einzahlungsumme betrug 13800 Mk., den Zuschlag erhielten E. C. F. Hemmings und F. M. Schult für ihr Gebot von 35100 Mk.; die Beschwerungssumme des Grundstücks betrug 46000 Mk.; 3) das H. K. Th. Handhold gehörende Grundstück Krähenstraße Nr. 31, welches zu 5400 Mk. der Hansa-Brauerei zugeschlagen wurde. Das Grundstück war mit 14000 Mk. beschwert.

Testamentsverlesungen. In öffentlicher Sitzung des Amtsgerichts sind verlesen worden: 1. das Testament der hieselbst verstorbenen unverehelichten S. F. C. Block vom 1. Mai 1887; 2. das Testament der hieselbst verstorbenen Wittwe des Ledendieners F. L. Casper, A. A. 3. geb. Bartels vom 9. August 1895; 3. das Testament des hieselbst verstorbenen Rentiers E. Pfeffer vom 31. Oktober 1888 nebst Nachtrag vom 17. Oktober 1890.

Ein- und Ausfuhr am Hafen. In der verflossenen Woche sind in unseren Hafen 33 Seeschiffe eingelaufen, darunter 26 Dampfer. 3 Dampfer hatten ganz oder teilweise, ein Segler nur Bretter geladen. Aus schleswig-holsteinischen Häfen und von Wismar trafen 5 Segler hier ein, deren Ladung aus Käse, Seegras, Getreide u. a. m. bestand. Ein Dampfer überbrachte eine Ladung hiesiger Kalksteine. Von 9 Dampfern wurden 258 Stück Hornvieh und 76 Schweine angebracht. Der übrige Theil der Ladung bestand zumeist aus Stückgut. Ausgegangen sind in der letzten Woche 28 Dampfer und 0 Segler mit Ladung, 4 Dampfer und 2 Segler leer der in Ballast, zusammen also 44 Seeschiffe.

Küperstreik. Wir lesen in der „E. Z.“: „Lübeck, 15. April. Auf der hiesigen Fabrik von Holz u. Fricke beabsichtigten gestern eine Anzahl Küper die Arbeit niederzulegen, aus dem Grunde, weil die genannte Firma für die Firma A. V. Mohr in Bahrenfeld Margarinefässer liefert. Bekanntlich haben die Küper bei Mohr auch die Arbeit eingestellt. Durch eine Depesche der bei Mohr Ausständigen sollen die bei Holz u. Fricke arbeitenden Küper auch zum Ausstand veranlaßt worden sein. Die Vernunft hat jedoch über Nacht gesiegt. Der gestern bei Holz u. Fricke begonnene Streik kann als beendet angesehen werden, indem sämtliche Küper heute Morgen die Arbeit wieder aufgenommen haben.“

Aus unbekanntem Gründen haben uns die Küper bisher keine Meldung zugehen lassen; wir sind daher auch nicht in der Lage, die Angaben der Eisenbahnzeitung auf ihre Wahrheit zu prüfen. Wenn die hiesigen Küper ihren streikenden Kollegen in Altona-Ottensen nicht in den Rücken fallen wollten, so ist das höchst rühmlich. Deshalb sie aber über Nacht plötzlich anderen Sinnes worden sind, wissen wir nicht, wir vermögen daher auch nicht, ihren plötzlichen Entschluß gutzuheißen oder zu verurtheilen. Aus Anlaß dieses Falles möchten wir alle Arbeiter die Bitte richten, uns möglichst schnell über jede Lohnbewegung am Orte Mittheilung zu machen. Die betr. Arbeiter setzen sich sonst der Gefahr aus, daß irgerliche Blätter Lügennachrichten in die Welt setzen, die sie auf das gehörige Maß zurückgeführt werden können. Und das kann unter Umständen für die Arbeiter üble Folgen haben.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde. Am letzten, und zwar den 11. Vortragsabend, welcher Dienstag Abend stattfand, eröffnete der Vorsitzende, Klein, der zahlreicher Zuhörerschaft im hiesigen Casinoaal. wurde festgestellt, daß der Verein im verflossenen Winter bedeutend gewachsen sei, und zur Zeit nicht weniger als 604 Mitglieder zähle. Gleichzeitig theilte Klein mit, daß sich 60 Teilnehmerinnen zu dem vom Verein geleiteten Unterrichtskursus in den Anwendungsmethoden der Naturheilmethode gemeldet hätten. Alsdann leitete der Vereinsarzt, Dr. med. R a n i n s k i einen Vortrag über das Thema: „Heilkräfte, Heilkräfte und die verschiedenen Heilverfahren.“ Redner theilte die Heilmethoden in 3 Gruppen ein, nämlich: Die chemische, die physische und die physikalisch-diätetische Behandlungsweise. Er führte aus, daß die Allopathie zur ersten Behandlungsmethode gehöre, chemische Mittel anwende. Der Redner führte weiter aus, daß diese Mittel hauptsächlich der Mode unterworfen seien. Alle Augenblicke werden deshalb neue Arzneien auf, und schon dieses Jahr unterzog der Redner die chemische Behandlungsweise, unter denen er besonders der spezifischen Mittel, Tuberkulins, des Behring'schen Diphtherieserums und der Schädigungen gedachte, einer näheren Erläuterung.

Nachdem noch vorher von dem Redner auf die Heilmittel hingewiesen war, wendete er sich der Homöopathie zu. Er führte an, daß sich dieselbe von den Mitteln der Allopathie weniger an und für sich unterscheidet, als daß diese Mittel nur in kleinen Quantitäten gegeben würden. Der Werth würde nur auf Diät und regelrechte Ernährung gelegt und seien nur durch Suggestion die Erfolge zu verzeichnen; denn es stehe fest, daß eine Verabreichung von einem kleineren Quantum der Medikamente keine Wirkung habe. Der Vortragende erörterte weiter, daß die seelische Behandlungsweise in der Anwendung von Hypnotismus, Magnetismus und Sympathie bestehe. Falls diese Methoden erfolgreich wirken, so sei das nur auf Suggestion zurückzuführen. Im Gegensatz hierzu stehe die Naturheilmethode. Bei ihr sei nur Wasser das erste und beste. Gleichzeitig schilderte der Redner kurz die verschiedenen, kurz in Anwendung kommenden Formen und Wirkungen des Wassers, sowie die Schroth'sche Kur, Obsturen, Milch- und Molkenkur, die Luft- und Lichtkuren. Weiter bemerkte Redner, daß auch die Heilgymnastik, Massage und die Elektrizität zur Behandlung der Krankheiten von der Naturheilmethode herangezogen würden. Zum Schluß wies der Redner noch darauf hin, daß die Naturheilmethode nicht allein Krankheiten heile, sondern auch Krankheiten durch Gewöhnung einer naturgemäßen Lebensweise zu verhüten suche. Hiermit schloß der Redner seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben. Nachdem in der gestrigen Morgennummer der „Lüb. Anz.“ ein Detaillist in ganz verunstalteter Weise für den acht Uhr-Ladenschluß ausgesprochen hatte, bringt das Amtsblatt in der Abendnummer einen Artikel gegen den acht Uhr-Schluß. Es sind die alten Einwände, die nur in neuer Verbrämung vom Stapel gelassen werden. Soviel aus den gewundenen Erklärungen der Redaktion der „Lüb. Anz.“ zu ersehen ist, findet der Vorschlag der Reichskommission für Arbeiterstatistik auch bei ihr, der Redaktion, keine Gegenliebe. Allerdings, wir hatten auch bei dem nationalliberalen Blatte sozialpolitisches Verständnis gar nicht vorausgesetzt. Nationalliberale Blätter sind einfach gezwungen, nur Ausbeuter-Interessen zu verfolgen.

Mehrere Viehkommissionare aus Westfalen haben hier Zweiggeschäfte eröffnet, nachdem sich die Lübeck-Büchener Eisenbahn endlich dazu verstanden hat, die Fracht für Sendungen lebender Thiere in Wagenladungen nach den Stationen des rheinisch-niederdeutschen und niederdeutschen Verbandes (Provinzen Rheinland, Westfalen, Hannover, Sachsen) zu ermäßigen. Auch in manch anderer Beziehung könnte die Bahn sehr wohl Ermäßigungen eintreten lassen; aber sie thut es einfach nicht. Daß man durch solche thörichte Verkehrspolitik Handel und Wandel in Lübeck geradezu schädigt, scheint die Leitung der Bahn noch nicht begriffen zu haben.

Auscheinend noch glimpflich davongekommen ist ein älterer Mann, der, wie man einem hiesigen Blatte meldet, am Dienstag Morgen auf dem Rittbrod halberstarrt aufgefunden wurde. In Anbetracht seines leidenden Zustandes mußte er jedoch dem Allgemeinen Krankenhause übergeben werden. Der Mann hatte, wie festgestellt ist, am Sonntag Nachmittag seinem vor dem Burghor wohnenden Schwiegersohn einen Besuch abgestattet und hatte dann noch einen Spaziergang nach dem Gehölz gemacht. Hier hat er sich dann niedergesetzt, ist eingeschlummert und durch die kalte Nachtluft bewußtlos geworden. Beruht die Geschichte auf Wahrheit, so muß der Mann einen guten Schlaf gehabt haben!

Uebertriebenes Ehrgefühl. Selbstmord verübte Mittwoch Morgen gegen 6 Uhr der Schlosser Ahrendt in seiner Wohnung in der Cronsforder Allee. Die Beweggründe zu der traurigen That sind wohl darin zu suchen, daß am Dienstag das hiesige Schöffengericht A. wegen Mißhandlung zu 3 Wochen Gefängniß und 4 Tagen Haft verurtheilt hat.

Der Bund der Landwirthe hielt dieser Tage in Oldenburg i. H. eine Kreisversammlung ab, in welcher Dr. Dertel, der Leiter der „Deutschen Tagesztg.“ in Berlin, über die Hebung des Mittelstandes „Blöthe und „Kantige“te. Die Rede lief auf den bei den Agrariern üblichen Speech hinaus, den „Mittelstand“, die Kleingewerbetreibenden für den Bund der Kantige und Blöthe einzufangen. Die „freisinnige“ Eisenbahn-Zeitung, welche es sich, wie bekannt, trotz ihres „Freisinn“ ganz besonders angelegen sein läßt, die Ideen des Bundes der Landwirthe zu fördern, bringt zwei mehrere Spalten lange Artikel über diese Kreisversammlung in Oldenburg sowie über Dertels Rede. Diese Rede, die sich gegen alles und nichts wendet, hätte für uns weiter kein Interesse, wenn es Herr Dertel nicht auch unternommen hätte, gegen die Sozialdemokratie zu Felde zu ziehen. Die Ausführungen Dertels, zumal über unsere Partei, sind so interessant, daß wir sie unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Und also sprach Herr Dertel:

„Die weitere Frage, m. H., ist: können wir den Mittelstand erhalten? Zwei große Gruppen stehen da zusammen und sagen nein; die Sozialdemokratie und das Manchesterthum. Erstere behauptet, daß die Entwicklung des Wirtschaftslebens die Zerreißung des Mittelstandes zur Nothwendigkeit mache. Es giebt nichts Erbärmlicheres als das sozialdemokratische Gespenst der „Entwicklung“. An Gott, an seine väterliche Gnade und Gerechtigkeit soll man nicht glauben, das ist für die Herren Sozialdemokraten überwindener Standpunkt, aber an diese Lehre von der „Entwicklung“ soll man glauben. Es ist das eine elende, feige Westanschauung. Was die Sozialdemokraten wollen, das wissen wir ja, Sie wünschen, das die kleinen Vermögen sich möglichst bald an die großen anballen, so daß schließlich nur ein paar überreiche Millionäre gegenüberstehen der großen Masse der Besitzlosen. Damit wäre ein Zustand geschaffen, der die großen Umwälzungen zur Nothwendigkeit machen müßte. Aber

was dann? Die Sozialdemokraten machen hier eine Reihe von Medauntzügen. Fragt man sie: was wollt ihr denn an die Stelle des Vermittelten setzen? dann schweigt der Sängers Hofschleier. Es ist ja möglich, daß die Herren in irgend einer verborgenen Schublade einen Plan schon fertig liegen haben, aber sie kommen nicht damit heraus. Wenn mal einer von den Sängern es unternimmt, uns ein Stückchen Zukunftsstaat auszumalen, und man dann die Leute daraufhin ansieht, so beileben sich die Parteipäpste Bebel, Singer u. zu betonen, das seien Privatphantasien. Müht man ihnen dann, wie man zu sagen pflegt, näher auf die Wube, so ziehen sie sich hinter die billige Nebenart zurück: ein Narr kann mehr fragen, als zehn Weise beantworten können, und dergleichen. Eins aber ist außer Frage: sollte uns das beschreiben sein, was das Gros der Sozialisten sich vom „Wäter“ vorstellt, würde die Welt sich zu einem fürchtbaren Zuchthaus gestalten. Und gegen diese „Gesellschaftsordnung“ würde sich bald eine ungeheure Opposition geltend machen, die Herrn Singer ins gelobte Land segnen dürfte.“

Herrn Dertels Neugierde, wie der „Zukunftsstaat“ ausfallen wird, können wir leicht befriedigen. Im „Zukunftsstaate“ wird es z. B. nicht geben: Hammersteine, Kanige und andere Brodvertheuerer, keine Zucker-, Kraut- und Schlotbarone und vieles andere mehr nicht. Das ist keine „Privatphantasie“, wie sich Herr Dertel geschmackvoll auszudrücken beliebt, sondern die Ansicht aller Sozialdemokraten. Und wir glauben, daß es sich in einem derartigen Staate, wo nicht mehr Raubzüge zu Gunsten der Ueberzige und Stöckerzige auf die Taschen der Armen unternommen werden können, ganz erträglich leben lassen wird. Was Herr Dertel sonst noch über die Entwicklung gesalbadert hat, kennzeichnet ihn als einen Menschen, der zwei Augen im Kopfe hat, um nicht zu sehen. Gerade Herr Dertel, der früher Chefredakteur des sächsischen konservativen Organs „Das Vaterland“ gewesen ist, hätte doch am Besten in seiner früheren Heimath — Sachsen — sehen können, wie sich die Dinge „entwickeln“; wie geradezu rasend die Aufzählung der kleineren Vermögen durch die größeren vor sich geht. In Sachsen ist ja die Entwicklung trotz Herrn Dertel schon so weit fortgeschritten, daß es fast nur noch zwei Klassen — Besitzende und Besitzlose — giebt. Aber es giebt eben Leute, die trotz gesunder Augen nicht sehen, was um sie vorgeht; und zu diesen Leuten gehört auch Herr Dertel. Die übrigen Kallauer und Wize ohne Geist in Dertel's Rede sind einer Widerlegung nicht werth. Sie sind zu trivial und „alle Kamellen“ aus antisemitischen Versammlungen.

Oldesloe. Genosse Fein aus Lübeck wurde gestern von dem hiesigen Schöffengericht wegen Beleidigung des Polizei-Offizianten Blath zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt. Es ist dieses die erste Strafe, welche unseren Genossen getroffen. Von der Umwandlung der Gefängnißstrafe in eine Geldstrafe wurde seitens des Gerichtes abgesehen. Da die Beleidigung §§ 185 und 186 des Strafgesetzbuches, auf Grund dessen die Verurtheilung erfolgte, aber auch gleichzeitig eine Geldstrafe zulassen, so legte der Beklagte sofort schriftlich Berufung ein.

Oldesloe. Anscheinend muß wohl das Kleingeld ein sehr gesuchter Gegenstand in Oldesloe sein. Die Fahrradfabrik in Oldesloe konnte nämlich in Ermangelung dessen statt am Sonnabend erst Mittwoch Abend die Leute auszahlen. — Aus Anlaß der Einstellung eines Zisewerkmeisters B. legten gestern 50 Mann dieser Fabrik die Arbeit nieder und verlangten Entlassung des Werkmeisters. Ihrem Wunsche gemäß wurde sofort willfahrt, der Werkmeister bekam seine Entlassung. — Wie wir weiter erfahren, ist die Fahrrad-Fabrik am 15. d. Mts. eine Aktien-Fabrik geworden. Der bisherige Direktor Sipp wurde Mitinhaber der Aktien-Gesellschaft und wird in den nächsten Tagen ein anderer Direktor die Leitung übernehmen.

Oldesloe. Wie verlautet, wollen die hiesigen Arbeiter und Gesellen den 1. Mai in würdiger Weise feiern. Es wird an genanntem Tage in der Kuhl'schen Gastwirthschaft eine Volksversammlung stattfinden. Ferner beabsichtigt man, am Sonntage nach dem 1. Mai einen Ausflug zu unternehmen. Gastwirth Kuhl erklärte sich jedoch nur zur Hergabe des Saales bereit, wenn man ihm die einzelnen Gewerkschaften, welche man ihm früher weggenommen habe, wieder zurückführe. — Wir wollen hoffen, daß eine Einigung mit den Gewerkschaften zu Stande kommt und können es nur mit Freuden begrüßen, in Oldesloe wieder ein Lokal, in dem eine öffentliche Versammlung abgehalten werden kann, zu besitzen.

Oldesloe. Auch die Bahnarbeiter (Monarchen) scheinen hier zu der Erkenntniß gekommen sein, daß Einigkeit stark macht. Gestern traten nämlich die Bahnarbeiter im Riesfacht des Bahnbauunternehmers Lür auf der Burmeister'schen Koppel in Streik. Da sämtliche Theilnehmer am Streik sofort abgelohnt wurden, machte man einen Gewaltstreik, wobei sich die Beamten zurückziehen und in der Gastwirthschaft Kume in ein Zimmer einschließen mußten. Einem langjährigen und angesehenen Beamten gelang es, die Ordnung bald wieder herzustellen.

Heterjen. Polizeiliche Bevormundung. Es ist eine bekannte Thatsache, daß die preussische Polizei sich in jeder Beziehung als Vormund des Volkes ansieht, daß aber einer Wittwe polizeilich verboten wird, zwei unbescholtene Männer bei sich aufzunehmen, dürfte selbst für Preußen ein Unikum sein. Einer hiesigen Wittwe wurde nachfolgender Zettel durch die Polizei zugestellt: „Es wird Ihnen hiermit untersagt, die Arbeiter . . . (folgen Namen) in Ihrer Wohnung aufzunehmen. Sollten dieselben wieder in Ihrer Wohnung betreten werden, so wird eine Geldstrafe von 20 Mk. gegen Sie verfügt werden. Die Polizeiverwaltung. (Siegel.) gez. Meßtorff.“ Auf Grund welches Gesetzesparagrafen ist die Polizei berechtigt, eine derartige Verfügung zu erlassen?

Altona. Die Boykottkommission, welche neulich zur Durchführung des Boykotts gegen die Mohr'sche Margarine gewählt wurde und aus den Genossen Stabber, Grübel, Beck, Weck und Heine besteht, wurde Mittwoch aus unbekanntem Gründen verhaftet. Im Bureau der Kommission im Salon „Karlsruhe“ erschienen am Nachmittag nicht weniger als 6 Kriminalbeamte und beschlagnahmten dort sämtliche Schriftstücke und Materialien der Boykottkommission, wobei sie auch Sammellisten des Gewerkschaftskartells mitnahmen. Die Mitglieder der Boykottkommission, welche sie dort nicht antrafen, wurden auf der Straße aufgegriffen oder von der Arbeit geholt und dann in Haft genommen. Sämtliche Listen derjenigen Händler, welche erklärt hatten, keine Mohr'sche Margarine zu führen, sind auch der Polizei in die Hände gefallen, so daß es einstweilen nicht möglich sein wird, sie zu veröffentlichen. Wenn noch etwas gefehlt hätte, um Stimmung für das Vorgehen der Mohr'schen Arbeiter und den Boykott zu machen, so hat die Polizei es glücklich durch die Verhaftung fertig gebracht, es hinzuzufügen. Eine bessere Agitation für sich können die ausgeperrten Mohr'schen Arbeiter gar nicht wünschen. Wir sind neugierig, auf Grund welches Vergehens, resp. Verdachts die Verhaftung der Boykottkommission erfolgt ist.

Altona. Ein partieller Streit ist am Dienstag Abend in der Wärmersägeerei von Dyckerhoff u. Strumann in Bahrenfeld ausgebrochen. Die Plazarbeiter bei genannter Firma bekamen bisher für ihre schwere und gefährliche Arbeit 32 Pfg. pro Stunde und beschloffen, demnachst an ihre Arbeitgeber heranzutreten und um eine Erhöhung des Lohnes auf 35 Pfg. nachzusuchen. Davon hatten die Arbeitgeber Wind bekommen und erklärten einem Arbeiter, sie würden sich nach und nach neue Leute anlernen und die alten entlassen. Der Arbeiter erzählte das seinen Kollegen wieder, was die Arbeitgeber sofort erfuhren und mit Entlassung des Arbeiters beantworteten. Daraufhin erklärten sich die sieben Plazarbeiter mit ihrem entlassenen Kollegen solidarisch und legten sämtlich die Arbeit nieder.

Ein Gerüstesturz fand Mittwoch gegen Mittag am dem Neubau Ecke Friedensallee und Borstelstraße in Altona statt. An der Giebelwand des Neubaus hatten sich die Maurer Jung und Proffmann im vierten Stock ein Gerüst gemacht, indem sie sogenannte Mennsbäume wagerecht in eine frischgemauerte Wand hineinließen, so daß die Bäume mehrere Fuß außerhalb des Baues sich befanden. Dann wurden Bretter über die Bäume gelegt und das Gerüst war fertig. Als die genannten Maurer nun auf dem Gerüst arbeiteten, brach es zusammen und die Maurer stürzten in die Tiefe. Zum Glück fielen sie auf einen Sandhaufen und scheinen durch den Sturz selbst nicht sonderlich schwer verletzt worden zu sein. Um so schwerer wurden sie aber durch nachstürzende Gegenstände verletzt. Die Verunglückten, von denen einer verheiratet ist, wurden durch die Sanitätskolonne der Feuerwehr ins städtische Krankenhaus gebracht.

Altona. Die Getreidehändler Carl Knoop zu Hamburg und Johann Sibbers zu Wandsbek sind geflüchtet. Beide haben gemeinschaftlich zahlreiche Hamburger Kaufleute, sowie Mühlenbesitzer in Elmshorn, Buxtehude und Bremen um Tausende geschädigt. Die Angelegenheit macht großes Aufsehen.

Hamburg. Wie aus Delfzijl (Holland) gemeldet wird, ist das eiserne Segelschiff „Alida“ auf dem Dollart untergegangen; die gesammte, zehn Mann starke Besatzung ist umgekommen.

Bremen. In dem Schadenersatzprozeß des Nordd. Lloyd gegen die Eigentümer des Dampfers „Crathie“ wurden letztere verurtheilt, 565 500 Gulden sowie 6 pCt. Zinsen von dieser Summe seit dem 2. März 1895 an den Nordd. Lloyd zu zahlen.

Wilhelmshaven. Ebenfalls gesunken ist nun auch das Torpedoboot S 46, welches bei dem Zusammenstoß mit dem gesunkenen Torpedoboot S 48 schwer beschädigt wurde. Das Schiff sank im Hooftseiler Tief, wohin es von der Unglücksstelle geschleppt war.

Wilhelmshaven. Der Kommandant des Torpedobootes „S 46“, Lieutenant z. S. Siegmund, wurde auf telegraphische Verfügung des Ober-Kommandos abgelöst. Das Torpedoboot „S 46“ hat bekanntlich das Torpedoboot „S 48“ in den Grund gebohrt.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Es wird immer toller! Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet, ist der Sohn des von dem von Koge erschossenen Freiherrn v. Schrader, Stud. jur. v. Schrader, vom Zeremonienmeister v. Koge gefordert worden. Diese Forderung sei bereits früher erfolgt, als v. Schrader junr. an den in Glatz auf Festung befindlichen Herrn v. Koge einen angeblich schroffen Brief gesandt hatte. Wann wird dieser gemeingefährliche Todtschläger durch die Behörde in seinem Treiben gestört werden, ein Mann, der offen vor aller Welt gegen das Gesetz frevelt und seine Zweikämpfe durch die gefällige Klatzschpresse vorher bekannt machen läßt? Wo bleibt denn hier der Staatsanwalt? Diese Skandalgeschichten offenbaren den Bankrott der bürgerlichen Moral und agitieren besser als tausend Reden. — Das „Berliner Tageblatt“ dagegen bezeichnet die Zeitungsmeldung über ein bevorstehendes Duell zwischen dem Zeremonienmeister v. Koge und dem Sohne des verstorbenen Zeremonienmeisters v. Schrader als erfunden.

Berlin. Auf dem Berliner Parteitage der freisinnigen Volkspartei soll es, wie die „Berl. Volkszeitung“ meldet, zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen sein und zwar wegen der ablehnenden Haltung Richters gegen den anti-agrarischen, wabelstrümpferischen „Schutzverband.“ Richter soll mit der Kabinettsfrage, mit dem Rücktritt gedroht haben. Es wird nicht so schlimm werden.

Dresden. In einer Dienstag hier stattgehabten Versammlung von 2000 Maurern wurde beschlossen, von Mittwoch ab auf allen Bauten, auf denen nicht eine höchstens 10stündige Arbeitszeit und ein Mindestlohn von

40 Pfg. pro Stunde besteht, die Arbeit niederzulegen. Die arbeitenden Maurer führen wöchentliche Beitrag an die Streikenden ab, die pro Tag Mt. 2 bis Mt. 3 erhalten.

Kürsch. Die Arbeit in den Glaschleifereien ist, der „Gr. Btg.“, Mittwoch bedingungslos wieder aufgenommen worden.

Barmen. Durch das Tragen unechter Ohrhinge sich die Frau eines hiesigen Fabrikarbeiters eine giftige Blutvergiftung zugezogen, die sich durch eine Anschwellung des Gesichts und durch heftige Schmerzen bemerkbar machte. Der sie behandelnde Arzt hält ihren Zustand für sehr bedenklich, hofft sie jedoch am Leben zu erhalten.

Kottbus. Die Versammlung der anständigen Arbeiter am Montag, die dazu einberufen war, die Verlegung des Streiks durch Wiederaufnahme der Arbeit herbeizuführen, verlief völlig resultatlos. Die Situation ist unverändert.

Göttingen. In Osterode a. S. sind die Maurer einen allgemeinen Streik eingetreten. Sie beanspruchen 27 1/2 Pfennig für die Stunde.

Sonneberg. Der Zimmererstreik ist durch Bewilligung höherer Löhne beendet.

Quittung.

Für die Textilarbeiter gingen ein:
 Von den organisirten Bräuern Lübeds Mt. 2
 Vom Genossen J. Sch. „ 5
 Summa Mt. 7
 Mit den in Nr. 85 quittirten „ 5
 Insgesamt Mt. 12
 Friedr. Meyer & Co.

Angekommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angekommen:
 Mittwoch, den 15. April.
 4,20 B. D. Rajaden, Hulten, von Kopenhagen in 12 Std.
 7,10 B. D. Nyfens Haab, Nielsen, von Nyborg in 2 Tg.
 2,10 B. D. Thor, Waden, von Rostock in 8 Std.
 5,45 B. D. Stadt Straßund, Gütchow, von Rostock in 6 Std.
Donnerstag, den 16. April.
 4,05 B. D. Galmstad, Lundin, von Kopenhagen in 12 Std.
 4,45 B. D. Orpheus, Weise, von Hensburg in 14 Std.
Abgegangen:
 Mittwoch, den 15. April.
 8,30 B. D. Wilhelmine, Marlen, nach Heiligenhafen.
 9,— B. D. Hilda, Gungström, nach Hvesveroe.
 1,10 B. D. Helig, Schulz, nach Knevel.
 1,45 B. D. Burg, Thiel, nach Königsberg.
 4,— B. D. Vivadia, Wendfeldt, nach Stettin.
 6,45 B. D. Fanny, Jürgensen, nach Rostock.
 7,10 B. D. Albed, Hultman, nach Kopenhagen.
Donnerstag, den 16. April.
 7,30 B. D. Maria Amalie, Engel, nach Wismar.
 7,30 B. D. Christine, Dittmer, nach Heiligenhafen.
 Wind und Wasserstand in Travemünde 2 Uhr N: 6,4
 SW, schwach.

Schiffsbewegung in der Ostsee.
 D. Rintand ist am 14. April von Haugb auf hier abgegangen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübeder Volksboten“ inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einräufen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Für die uns aus Anlaß unserer Hochzeit bewiesenen Aufmerksamkeiten sagen ihren verbindlichsten Dank **J. Dethloff u. Frau,** geb. Stoltenburg.

Bef. sofort 1 Rod- und 1 Hosenarbeiter.
C. Kaphengst, Schmiedestraße 18.

Gesucht zu sofort ein **Mädchen,** welches Eltern die Schule verlassen hat, für Nachmittags. Näheres Friedenstraße 17.

Eine junge Frau empfiehlt sich zum Waschen und Reinmachen. Zu erfragen in der Expedition d. Bl.

Ein gut erhaltener Kinderwagen ist zu verkaufen. Fischergasse 33.

Zu kaufen gesucht ein neuer oder gebrauchter mahagoni **Sekretär.** Angebote mit Preis unter **P 12** an die Exped. d. Bl.

Logis für einen jungen Mann oder ein junges Mädchen zu vermieten. Näheres Steinstr. 2, beim Weiten Lohberg.

Zu vermieten zum 1. Juli ein Zimmer mit Boden und Benutzung der Küche. Näheres Untertrabe 30.

Geld! sofort Geld! erhalten Sie auf **Möbel, Rohprodukte, Waaren aller Art,** wenn nur zur Auktion übergeben, ohne Lagerkosten zu berechnen. **J. C. B. Schmehl,** Auktionator u. Taxator, Sandstraße 8.

Frau J. Dentzau
 Lübeck, Untertrabe 113.
 Special-Behandlung für **Beinshäden, Drüsen u. Hautkrankheit.**
 Zu sprechen Freitags und Sonnab. von 10—5, Sonntags von 9—2. Unbemittelte berücksichtigt.

Sieben erschienen im Verlage der „Münchener Post“ und durch die Expedition des „Lübeder Volksboten“ zu beziehen:

Der Militarismus auf der Anklagebank.

Ausführlicher Bericht
 über die Schwurgerichtsverhandlung vom 29. Februar 1896 gegen den Redakteur der „Münchener Post“, **Ed. Schmid,** wegen Beleidigung der Offiziere und Unteroffiziere der bayerischen Armee.
Preis 15 Pfennig.

Neue Welt

Anfang Wochentags 7 Uhr. Schmiedestraße 20. Sonntags 4 Uhr.
 Täglich: **Großes Concert D'Oberländer** (5 Damen, 3 Herren).

Ein möblirtes **Zimmer** mit oder ohne Pension zu vermieten. Glockengießerstr. 60.

Zu sofort ein möblirtes **Zimmer** zu vermieten. Näheres Bleichstr. 13, part.

Ia. Bratenfchmalz

Pfund 40 und 50 Pf. empfiehlt

Carl Schröder
 obere Düggstraße 6.

Frankfurter
Margarine
 stets frisch zu haben in vielen Detailgeschäften.

Tapeten

in jeder Preislage.
H. Randt
 Stockelsdorf.

100 Cigarren umsonst
 zwar nicht, aber 1/10 Riste für 1,80, 2, 2,20 Mt. u. Gute volle Waare. Bessere Sorten im Verhältniss ebenso billig.
Hass, Braunnstraße 9.

Die Schweineschlachter

von **W. Strohsfeldt**
 73 Glockengießerstraße 7
 empfiehlt:
 Schweinefleisch, Pfd. 50 Pf.
 Karbonade, Pfd. 60 Pf.
 Gef. Schweinefleisch, Pfd. 50 Pf.
 Fetten u. mag. Speck, Pfd. 60 Pf.
 Leber-, Brannschweiger, gefochte, geräuch. Preßwurst, Pfd. 60 Pf.
 Dicke Rippen, Pfd. 55 Pf.
 Pa. Flohmenschmalz, Pfd. 60 Pf.
 Ochsenfleisch, Pfd. 50 Pf.
 Kalbfleisch, Pfd. 30 Pf.
Nur hiesige Waare

Wegen einer Familienfeier bleibe mein Lokal am Freitag, den 17. April, von Mittags 1 Uhr **geschlossen.**

F. Pritzkow
 Moislinger Allee.

Mitglieder-Versammlung

der **Zentral-Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse der Deutschen Schiffbauarbeiter**
 am Sonnabend den 18. April, Abends 8 Uhr
im Berliner Hof.
 Fünfhausen 19.
 Tages-Ordnung:
 Abrechnung und Verschickenes.
 Die örtliche Verwaltung

Eröffnungs-Concert

der Damen-Concertkapelle
„Immer Heiter“
 im Gasthof „Stadt Schleswig“
 Hundestr. 14.
 Anfang Abends 8 Uhr.
H. Hansa-Bier. Seidel 15

Die Offiziere und die Soldaten- mißhandlungen.

Einen sehr verständigen Artikel über dieses Thema finden wir in einer bürgerlichen Wochenschrift der „Gegenwart“, aus der Feder eines mit „Miles“ zeichnenden Offiziers. Es werden in demselben neue Daten zu den von dem Abgeordneten Kaufmann in der letzten Militäretats-Debatte gelieferten gegeben, welcher bekanntlich die Soldatenmißhandlungen zu einem Haupttheil darauf zurückführte, daß die Offiziere, aus Furcht vor frühzeitiger Pensionierung, ihre Mannschaften zu immer stärkeren Leistungen anspornen, um den Vorgesetzten gegenüber möglichst zu brillieren, Leistungen, welche schwächeren und ungeschickteren Soldaten gegenüber die Unteroffiziere, zuweilen auch die Offiziere zu Mißhandlungen veranlassen. Wie der Verfasser erzählt, befanden sich noch vor einigen Monaten über 20 Unteroffiziere, Feldwebel u. gleichzeitig auf einer östlichen Festung in Haft, die zum großen Theil wegen Mißhandlung von Untergebenen bestraft waren. Auch die Zahl der „wegen falscher Behandlung ihrer Untergebenen bestrafte Offiziere“ ist in der neuesten Zeit unverhältnismäßig erheblich gestiegen.

Der Verfasser sucht die Ursache gleichfalls in den vielfach übertriebenen Anforderungen an die formale Dressur der Mannschaft und in der Ueberanstrengung, der diese namentlich durch das Zusammendrängen sich stets mehrender Ausbildungszweige auf einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum, sowie in Folge der Unsicherheit der Stellung der Offiziere ausgeht ist.

Unter den 22 454 aktiven Offiziersstellen des Heeres befinden sich etwa 400 Oberstenstellen. Die Aussicht für einen Offizier ist also ziemlich gering, daß er in eine solche Stelle einrückt; thut er das aber nicht, wenn an ihm die Reihe ist, so ist er gezwungen, den Abschied zu nehmen und mit einer relativ, das heißt seiner gesellschaftlichen Stellung nach, kleinen Pension als noch ganz rüstiger und arbeitsfähiger Mann zu leben. Hat er kein Vermögen und besitzt er Familie, so kann die wirkliche Noth bei ihm einziehen, die bekanntlich nicht weniger brütend ist, wenn sie nach außen hin verschleiert werden muß. Den Steuerzahler kosten diese Pensionierungen ein ungeheures Geld; der Pensionsfonds beträgt zur Zeit 51 1/2 Millionen.

Das Gespenst der Noth sitzt also hinter dem doch gewiß größten Theil der Offiziere, die vermögenslos sind, und treibt sie zu immer höher gesteigerten Anstrengungen ihrer selbst und ihrer Mannschaften an. Was das heute bei den massenhaften Pensionierungen für Folgen auch in deren Stand selber hat, deutet der Verfasser an mit den Worten: „Das Konkurrenzstreben untergrübt zugleich die Kameradschaft, das wichtigste Band, welches das Offizierskorps untereinander verbindet. Es traut, wie man uns noch unlängst bemerkte, bei diesem Getriebe heute keiner dem andern mehr.“

Ohne eine äußerliche, merkbare Veränderung ist durch die Dinge die gesammte soziale Stellung der Offiziere eine andere geworden, wie sie früher war. Bei dem viel kleineren Heer in Preußen früher rekrutirten sich die

Offiziere lediglich aus dem Junkerthum und hatten einen sozialen Rückhalt an dem Gut der Familie; gleichzeitig waren die Lebensbedürfnisse bescheidener und die Existenz sicherer. Der moderne Offizier ist in gewissem Sinne ein Proletarier, aber ein Proletarier, der nicht seine Existenz suchen kann, wie es ihm beliebt, sondern der vollständig von einer einzigen Person abhängig ist, seinem Vorgesetzten. Gefällt es diesem, so kann er unter Umständen für immer ruiniert werden.

Die Armee, das sind heute immer noch, trotzdem die Sozialdemokratie immer mehr Boden im Volk gewinnt, die Offiziere. Und diese sind vermöge der geschilderten Umstände einfach willenlose Werkzeuge in der Hand dessen, der gerade die Macht hat, willenlosere Werkzeuge, wie einstmal die Jesuiten in der Hand ihres Generals, nur daß entsprechend dem allgemeinen Zuge der Zeit die frühere ideologische Rettung heute eine ökonomische ist. Aber auch hier sieht man, wie gerade durch ein eigenes Auswachsen die Dinge ins Gegentheil umschlagen. Indem die allzu straffe Gebundenheit Ursache der Soldatenmißhandlungen wird, lockert sie auf der anderen Seite wieder auf das wirksamste das feste Band, welches bis jetzt die Armee, Offiziere und Soldaten, zu einem einheitlichen Ganzen, einem festen Werkzeug in der Hand eines Einzelnen machte.

Es ist sehr richtig, was gelegentlich von den Kriegsministern während der Soldatenmißhandlungsdebatten behauptet zu werden pflegt, daß nämlich früher viel mehr Mißhandlungen vorgekommen sind. Aber die hatten ganz andere Ursachen und ganz andere Bedeutung.

Der frühere preussische Offizier war der Junker, der frühere preussische Soldat der Landarbeiter, der noch in halber Leibeigenschaft auf dem Gute des Junkers aufgewachsen war.

Die Disziplin im Heer war ihm lediglich eine Fortsetzung der Untertänigkeit im bürgerlichen Leben. Wurde er von einem rohen Vorgesetzten brutal behandelt, so war das allerdings ein schweres Geschick, aber es war doch etwas, gegen das sich nichts machen ließ, wie etwa ein Naturereigniß. Neben der großen Brutalität gab es damals aber doch noch ein gewisses gemüthliches Band zwischen beiden Klassen, hervorgerufen durch das jahrhundertelange Zusammenleben der Junker und Arbeiterfamilien, sich äußernd auf der einen Seite in Fürsorge für den Untertanen, auf der andern in Anhänglichkeit und Treue, kurz das, was man als das „patriarchalische System“ zu bezeichnen pflegt. Das war es, was den starken Kitt im preussischen Heer ausmachte.

Heute ist nicht nur der Offiziersstand, wie wir sehen, ein ganz anderes soziales Phänomen geworden, auch die Soldaten sind andere. Sie sind Kinder der neuen Zeit, fühlen sich als freie Menschen, die ebensoviel werth sind wie andere, und demgemäß machen natürlich die Nothheiten, denen sie öfters ausgesetzt sind, einen ganz anderen Eindruck; gerade die Landarbeiterbevölkerung hat in der Entwicklung ihres Klassenbewußtseins seit 1870 die größten Schritte gemacht. Jede Mißhandlung wirkt heute aufreizend und revolutionirt die Gemüther mehr als irgend etwas anderes, als selbst ökonomische Bedrückung

es vermöchte. Damit entsteht eine immer tiefere Kluft zwischen den beiden großen Theilen des Heeres, den Offizieren und den Soldaten. Heute ist, wenn es irgendwie zu einer praktischen Probe kommen sollte, der Geist des Heeres noch der Geist der Offiziere, wie schon hervorgehoben. Die militärischen Formen haben eine merkwürdige Kraft der Suggestion. (Einbläser, Uebertragung.) Aber bald wird das nicht mehr ausreichen, und die Folgen des Zerlegungsprozesses werden auch im Heer offen zu Tage treten, wie sie ja im übrigen Volk schon lange klar sind.

Und dann liegt auch die so merkwürdig stramme Ordnung des Offiziersstandes nichts mehr, und gerade durch sie wird eine Dekorganisation des Heeres eintreten, falls nicht das Heer tiefgehenden Reformen im volksthümlichen Sinne unterworfen wird.

Wir können uns über diesen Prozeß nur freuen. Sind die Dinge so weit gekommen und liegt es klar auf der Hand, daß das „Volk in Waffen“ daselbe will wie die große Menge des Volkes, aus dem es stammt und zu dem es zurückkehrt, dann ist die Nothwendigkeit klar, daß unsere Forderungen erfüllt werden, die ja doch schließlich auf weiter nichts gehen, als auf eine vernünftige Stellung des Staates zu der nun einmal unumkehrlichen Weiterentwicklung unseres gesellschaftlichen Lebens.

Soziales und Partei-Leben.

Achtung, Drechsler! In Elmshorn stellten am 12. April die Arbeiter des Herrn Frohn die Arbeit ein. Veranlassung hierzu gab, daß dieser Herr das alte patriarchalische Verhältniß, seine Arbeiter in Kost und Logis zu haben, nicht gelöst haben wollte. Allerdings liegt dieses ja auch in seinem Interesse. Während am Ort der Minimallohn Mk. 18 für die Holzarbeiter beträgt, entlohnt Herr Frohn seine Arbeiter mit Mk. 6, 7 und 8 wöchentlich. Das Uebrige wird für Kost und Logis gerechnet, so daß die Arbeiter Mk. 10, 11 und 12 für Kost und Logis geben müssen. Nun würde noch nichts dagegen einzutreten sein, wenn das Logis der Bezahlung auch nur annähernd entsprochen hätte. Da Herr Frohn sowieso immer um Arbeitskräfte verlegen ist, dürfte es nur kurze Zeit dauern, und Herr Frohn müßte dem Ansinnen der Arbeiter nachkommen. Darum fordern wir die Arbeiter im Drechslergewerbe auf den Zugzug nach Elmshorn fernzuziehen.

Partei-Konferenz. In Kolberg wurde am 2. Osterfeiertage eine Konferenz für den Wahlkreis Kolberg-Rößlin abgehalten, die von etwa 50 Parteigenossen aus verschiedenen Orten besucht war. Zur regeren Betreibung der Landagitation wurde ein Agitationskomitee von sechs Personen (je drei aus Kolberg und Rößlin) gewählt, das die Sache zu leiten hat. Ferner wurde beschlossen, daß in den Ortshaften, wo es irgend möglich ist, die Genossen sich auch an den Gemeindevahlen beteiligen sollen. Ueber die Frage, wie man sich bei den Stichwahlen verhalten solle, wurde kein Beschluß gefaßt, da diese Frage nur bei jeder Wahl, also von Fall zu Fall, entschieden werden könne. Wenn bis zur nächsten Wahl jeder Parteigenosse seine Schuldigkeit thue, werde man hoffentlich überhaupt nicht mehr vor eine solche Frage gestellt werden.

Der Kommissar.

Eine Geschichte aus dem neunzehnten Jahrhundert von Franz Wichmann.

(1. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Ludwig raffte sich auf, er zog ihre Hände vom Gesicht und sagte mit bebender Stimme: „Habe keine Angst, wenn Du zu stolz dazu bist, werde ich für Dich betteln. Vielleicht kann einer meiner Kollegen oder sonst ein Beamter mir aushelfen.“

„Sie werden das Geld selbst so nöthig haben wie Du, und, siehst Du, Ludwig, ich kann nichts mehr von Dir annehmen, Du sollst nicht mehr darben um meinetwillen, lange genug hast Du mir mit Deinem spärlichen Gehalt ausgeholfen.“

Er achtete nicht auf ihre Worte. „Sezte Woche“, fuhr er fort, „begegnete mir Wendelin Vogelbacher, der ein Flugblatt in der Stadt verbreitete, sagte, daß er gut damit verdiene, vielleicht kann er“

„Vogelbacher, der Sozialist!“ rief das Mädchen erpreckt. „Nein, mit diesen Leuten lasse Dich nicht ein, glaube nicht an Gott und haben keine Treue zum König.“

„Zum König, ein Wort von ihm könnte Deine Noth ändern; aber hilft er Dir vielleicht?“

Da er den vorwurfsvollen Blick des Mädchens bemerkte, lenkte er ein. „Freilich, es ist uns verboten, mit den Sozialisten verkehren, aber manchmal habe ich mir doch denken lassen, daß sie nicht ganz unrecht haben. Sind es denn nicht auch Menschen, die für weiter nichts als ihr gutes Recht kämpfen.“

„Aber mit unerlaubten Mitteln“, unterbrach ihn gütig.

„Weil die erlaubten nicht helfen. Doch wir wollen uns darüber nicht streiten.“

Er brach ab, da er die Thurmuhre gerade Eins schlagen hörte.

„Es ist die höchste Zeit, daß ich zum Bahnhof zurückkehre, in einer Stunde geht der Zug nach Gaisberg. Morgen in der Mittagspause werde ich Dich nicht aufsuchen können, da ich Dienst bei einem Bergnützungszug nach Lindenberg habe, aber am Nachmittag — — Wann glaubst Du, daß der Exekutor kommen wird?“ unterbrach er sich.

„Bis morgen Abend hat man mir Zeit gelassen.“

„Und wie hoch beläuft sich die Schuld?“

„Auf kaum zehn Mark.“

„Gut, bis zum Abend mußt Du das Geld notwendig haben.“

Er achtete nicht auf ihre Einwände, und mit einem langen Kusse sich verabschiedend, eilte er die Stiege hinab auf die menschenbelebte Straße, während das Mädchen in banger Sorge und mit schweren Zweifeln zurückblieb.

Ludwig Lindner war raschen Schrittes bereits in die Nähe des Bahnhofes gekommen, als ein auf dem Bürgersteig Vorübergehender seinen Namen rief.

Der Schaffner wandte sich nach dem kleinen, hageren Mann um, den er in seiner Eile nicht gesehen.

„Wendelin, wohin gehst Du?“

„In's Gefängniß.“

„Du spaßest.“

„Durchaus nicht. Sie haben mich auf sechs Wochen festgesetzt.“

„Und trotzdem läufst Du frei herum?“ sagte Ludwig erstaunt und betrachtete zweifelnd den ihm von seiner Militärzeit her gut bekannten Lithographen.

„Mit dem Davonlaufen hat es keine Gefahr; Du kannst sicher sein, daß unter den Passanten hier irgend ein Geheimpolizist umherstreift und mich keinen Augenblick aus den Augen läßt. Sie haben mir nur drei Stunden Zeit gelassen, um meine häuslichen Angelegenheiten zu ordnen. Ich habe soeben von meiner Familie Abschied genommen und bin im Begriffe, meine Gast anzutreten.“

„Aber um des Himmels Willen, was hast Du denn verbrochen?“

Wendelin Vogelbacher lachte bitter.

„Ich nicht, aber ein Anderer.“

„Und deshalb hat man Dich verurtheilt?“

„Wegen Majestätsbeleidigung und Aufreizung zur Gewalt.“

Der Schaffner zog den Sprecher erschreckt in eine Seitengasse.

„Doch nicht wegen des Flugblattes, daß Du neulich verbreitet hast?“

„Eben deshalb.“

„Aber man ließ es Dich doch damals ungehindert umhertragen.“

„Freilich, einen Tag lang, um am anderen, wo es konfisziert wurde, mein Verbrechen um so sicherer konstatiren zu können. Die hochblühliche Behörde entdeckte eben erst ganz bedeutend später den staatsgefährlichen Inhalt.“

Siehst Du nun, wohin Euch Eure aufrührerischen Bestrebungen führen! So haben jene Leute doch ganz recht, die da sagen, daß Ihr zu offener Gewalt aufordert!“

„Das ist uns noch nie in den Sinn gekommen, wir wollen eben nur mit erlaubten Mitteln unser Ziel erreichen.“

„Aber dieses Flugblatt beweist doch ganz das Gegentheil.“

In Wittenberge erfolgte die Gründung einer Zählstelle des deutschen Metallarbeiterverbandes.

Kassel. 1000 Männer proklamirten Dienstag Nachmittag den Generalstreik. Zugung ist fernzubehalten.

Die Tischlermeister und Tischlergesellen Breslaus sind durch Wahl einer gemeinsamen Kommission in Verbindung getreten, um die Erwerbverhältnisse namentlich durch Beseitigung der Schindlkonkurrenz aufzubessern.

Ans Nah und Fern.

Das meistberathete Land ist sicherlich Deutschland. Ein Freund der „M. N. N.“ hat sich die Mühe gemacht, alle die Rechtsmittel anzuzählen, die es in unserem Deutschland heutzutage giebt. Danach ist, ohne die „geheimen“ oder „wirklich geheimen“ Abarten der Rätthe zu berücksichtigen, Deutschland wirklich wohl- oder vielmehr reich berathen. Man höre! Es giebt: Aufsicht, Amtsgerichts, Amts-, Archiv-, Armenpflegschafts-, Berg-, Bau-, Bottschafts-, Kabinetts-, Kommerzien-, Kommissions-, Domänen-, Distrikts-, Eisenbahn-, Finanz-, Forst-, Geheim-, Gemeinde-, Geistliche, General-, Generalland-schafts-, Gerichts-, Hof-, Intendantur-, Justiz-, Kammergerichts-, Kanzlei-, Kirchen-, Kriegs-, Kreis-, Landgerichts-, Land-, Landes-, Legations-, Landschafts-, Landes-ökonomie-, Medizinal-, Magistrats-, Ministerial-, Delonomie-, Oberlandesgerichts-, Oberregierungs-, Ober-stiftungs-, Oberjustiz-, Oberbau-, Oberrechnungs-, Post-, Polizei-, Regierungs-, Rechnungs-, Reichs-, Rechts-, Salinen-, Staats-, Steuer-, Schul-, Stadt-, Stiftungs-, Stifts-, Stabs-, Studien-, Turn-, Vortragende, Ver-messungs- und Verwaltungsräthe! Und um zu zeigen, daß trotzdem alle diese Rätthe nicht genug rathen können, giebt es auch noch „Wirkliche“ Rätthe!

Das Ende der Laufbahn eines Streifbrecherhauptlings. Der bisherige erste Vorsitzende des Guttenberg-Bundes (Nichtverbandsmitglieder), E. Knabe in Berlin, ist, wie der „Typograph“ meldet, wegen Unregelmäßigkeiten bei der Stassenführung — es soll ein Defizit von Mk. 800 vorhanden sein — auf Beschluß des Ausschusses seines Amtes entsetzt worden.

Die Wette um eine Hofe. Mit der Wette um tau-send Mark wegen einer Hofe hatte sich der 6. Zivil-senat des Kammergerichts in einer seiner letzten Sitzungen zu beschäftigen. Der Handlungsreisende W. aus Berlin hatte nämlich als Vertreter einer großen Tuchfabrik im Januar v. Js. dem Schneidermeister S. zu Hannover schon einen bedeutenden Posten Waare verkauft, als er ihm dann noch sehr anfallende Muster von Hofenstoffen vorlegte, bezüglich deren S. die Vermuthung äußerte, daß sie in Hannover schwer verkäuflich, als Schmuck für ein Schaufenster aber sehr geeignet sein würden. W. möge ihm deshalb von jedem dieser Muster nur „eine“ Hofe verkaufen. Diese Bestellung lehnte W. als zu „gering“ ab: „Noch nie habe ich „eine“ Hofe notirt, noch nie hat mein Hans „eine“ Hofe verkauft, das thut das-selbe nicht“ — und in steigender Erregung: „Ich wette 1000 Mark, daß mein Hans noch nie „eine“ Hofe verkauft hat.“ — „Ich wette gegen, — es gilt!“ — erwiderte S. — Ein Handschlag der Parteien besiegelte die Wette. — S. war nun aber in der Lage, den W. sofort des Irrthums zu überführen, denn aus seinen Büchern konnte er unabweislich feststellen, daß derselbe selbst im Jahre 1894 „eine“ Hofe in Nota genommen

hatte, die dann auch von seinem Hause geliefert war. — W. erklärte sich hierauf mit der resignierten Bemerkung „Ja, man sollte doch vorsichtiger sein!“ — für geschlagen, reichte S. die Hand und sagte zu ihm: „Ich werde Ihnen einen Check auf die Deutsche Bank schicken.“ — Diese Sendung kam aber nicht an, sodas S. schließlich wegen des Wettebetrages von 1000 Mk. die Klage einleitete, worauf er denn auch bei dem Landgericht ein obliegendes Erkenntnis erstritt, indem nämlich angenommen wurde, daß der Beklagte selbst von seiner Ver-pflichtung, bezw. der Ernstlichkeit des Verpflichtungs-willens auf beiden Seiten, wie solche im Wettvertrage zum Ausdruck gekommen war, überzeugt gewesen sein müsse. — W. legte hiergegen Berufung beim Kammer-gericht ein, wo sein Mandatar ausführte, daß die ganze Wette nur als Scherz ohne rechtsverbindliche Folgen auf-gefaßt werden dürfe, während sein Gegner hervorhob, daß es sich damals für beide Geschäftsteile um eine wich-tige geschäftliche, also durchaus ernstliche Frage gehandelt habe, die in rechtsgültiger Weise zum Austrag gebracht worden sei. Das Kammergericht gelangte indeß nach längerer Berathung zu der Ueberzeugung, daß die Wette, der ein so geringfügiger Anlaß zu Grunde gelegen, nur eine prahlerische, nicht ernsthaft zu nehmende gewesen sei, hob deshalb die Vorentscheidung auf und wies die Klage ab. Der heitere Prozeß ist damit definitiv erledigt.

Eine verlassene Braut hat in Spandau am Sonn-abend dem treulosen Bräutigam eine eigene Ueberraschung bereitet. Auf Vormittag war der standesamtliche Akt der Ehe-schließung festgesetzt, die Braut aber wartete ver-gänglich auf den Bräutigam. Verzweifelt legte sie das Hochzeitskleid ab und that Trauerkleidung an. Dann wickelte sie ihr drei Monate altes Kind in ein Packet derart, daß der Inhalt nicht sogleich zu kennen war, schrieb einen Brief an ihren Bräutigam und beauftragte ein achtjähriges Mädchen, Packet und Brief dem Tren-gehen zu überbringen. Der Empfänger war nicht wenig erschrocken über die Sendung. Die verlassene Braut aber ist seitdem spurlos verschwunden. Das Kind wurde von der Polizei in Pflege gegeben.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Musiker Horn aus Schippenbil von der Strafkammer in Bartenstein zu acht Monaten Gefängnis verurtheilt.

Eine Familientragödie wird aus Breslau gemeldet: Dort wurde am Montag die auf der Matthiasstraße wohnende separirte Arbeiterfrau Wendorf mit ihren drei Kindern, einer 14jährigen Tochter, sowie einem 16jährigen und einem 12jährigen Sohne entsezt aufgefunden. Man hatte die vier Personen schon seit etwa 12 Tagen nicht mehr gesehen, deshalb wurde am Montag Nachmittag die von innen verriegelte Thür in Gegenwart eines Polizeibeamten geöffnet. Ein starker Verwesungsgeruch empfing die Eintretenden, die sich plötzlich den Leichen der vier vermissten Personen gegenüberfanden. Die Mutter lag mit ihrer Tochter entkleidet in einem Bett, die beiden Brüder in dem andern. In verschiedenen noch halb gefüllten Trinkgefäßen befand sich ein grünlicher Bodensatz, so daß eine Vergiftung mit Schweinfurter Grün an-zunehmen ist. Das Mädchen ist jetzt zu Ostern konfirmirt worden. Bei diesem Anlaß soll die Mutter eine Eingabe um Unterstützung gemacht haben, die abschlägig beschieden worden ist. Seit vier Jahren lebte die Frau von ihrem Manne, der für die Familie nicht sorgte, getrennt und die älteste Tochter lebt gleichfalls schon seit längerer Zeit

für sich allein. Es fanden sich noch 85 Pfennige Geld vor, Brod, Mehl und andere kleine Vorräthe an Nah-rungsmitteln, so daß jedenfalls unmittelbare Noth nicht die Triebfeder zu der entseztlichen That gewesen ist, um so weniger, als die unglückliche Frau Wendorf gar nicht um die Mietzahlung gedrängt worden war und ebenso wie die beiden älteren Kinder immer keine Ver-dienste gefunden hatte. Die noch Reste und von Kaffee und Mehlsuppe enthaltenden Töpfe wurden versteigert, da das Gift — wahrscheinlich Schweinfurter Grün — jeden-falls in diesen Nahrungsmitteln gelöst genommen worden ist. Gegen 9 Uhr Abends erschien nach der „Breslauer Zeitung“ der „Familienvater“, der Meister Wendorf am Thortort, der die Nachricht des entseztlichen Vorganges sehr gelassen aufnahm, während die etwas später kommende älteste Tochter bitterlich weinend ihre Mutter noch einmal zu sehen verlangte, ein Wunsch, der nicht erfüllt werden konnte.

Straßburg. Pflichtvergesene Polizei. Im Polizeiarrest in Saarburg ist ein dort inhaftirter Musikant vor Hunger gestorben. Der Be-trreffende wurde vor 8 Tagen in betrunkenem Zustande in den Arrest verbracht. Der Polizist, der die Verhaf-tung vornahm, vergaß den Mann. Sonntag wurde er todt, vor Hunger gestorben, im Arrestlokal aufgefunden. Der Polizist wurde verhaftet.

Quittung.

Bei dem Unterzeichneten sind im Monat März folgende Parteibeiträge eingegangen:

Altchemie, Krämers Kindtaufe 2.—, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Nr. 750.— (darunter Solidarität 750. Ueberfch. v. Jakob 15.—, L. P. 41 2.—, Ueberfchuf v. Italeren 20.—, Mundharmonika v. Konfordia 15.—) 4. Nr. 1506,75 (darunter Vergolder Musikantentr. 3,65, Geburtstagsfeier Leibnizstr., Char-lottenburg 3,10.) Berlin, div. Beitr.: Freie Volkshilfe 200.—, Arbeiter und Arbeiterinnen der Buchbinderei von Vabing 10.—, Dinkel M. L.—, Ungenannt 40.—, Dr. L. N. 20.—, Werkstat Malchin, Neue Grünsir. 14 10,80. Rothe Buchbinder, Grünstraße 5.—, Troy aller Auflösung v. d. Genossen des 85. Bezirks 5,55. Amerik. Unst. Hochmeisterstr. 24 2,10. Verbrüderung 5.—, Arenz-berg, durch Ewald 1,10. Pianofortefabrik J. P., Eisenbahnstr. 5,50. Stomnis P. E. 1.—, Niv., Steinhuder 1.—, N. S.—, 50. S. N. 5.—, Nord-Ost 5.—, J. Kap 2.—, Ueberfchuf vom Kranz der Poppe'schen Maschinenbau-Arbeiter 11.—, M. G. 2.—, Parteistener der Buchbinder und Drucker v. N. B. 9,30, Gef. auf der Einlegung Soldatenstr. d. M. N. 1,65, Arbeiter von Schuster und Bar 11,85, Personal der U.-Dr. 6,05, Personal des „Vor-wärts“ 150.—, Braunschweig, von den Maurern 50.—, Berge-dorf, W. N. 50.—, Brodel 200.—, Chemnitz, Schloß Chemnitz, durch D. W. 17.—, Cofeehaube, von Genossen von C. und Um-gegend 20.—, Cottbus, S. 10.—, Eberfeld 200.—, Forchheim, milde Beiträge 10.—, Falkenberg (Oberfchl.) 2.—, Gera 100.—, Haste b. Bremen 25.—, Hamburg, Kruse 1,50, Hamburg, Spahr Zimmergefehle 30.—, Kaufbeuren, J. P. 5.—, Kitzschau b. Eisenburg, Geburtstag 3.—, Koblenz, mehrere sibirische Wälder 6.—, Lindenwalde, rothe Kindtaufe 1,20, Limbach i. B., Unzer-treimbar 1,45, rothe Kindtaufe 3.—, Sa. 4,45, L. W. 2,00.—, München, Waldläufer 5.—, München, d. Genossen v. Neuhäusen 10.—, Mannheim, von Genossen 50.—, Münster i. W. 35.—, Neuhagen, von 3 rathen Brüdern 1.—, Nordbische Wasserleitung 10,000.—, Neuhaldensleben-Wolmirstedt, Wahlkreis 50.—, Offen-bach-Dieburg, Wahlkreis 50.—, Orlinghausen 25.—, Obermendig 20.—, Pöschel, durch Chr. J. 10.—, Planen i. B., Ostvorstadt 20.—, Pöschel, von Genossen 20.—, Reichenbach i. B., alte Garde, 1. Quartal 50.—, Reichenbach i. B., Bodmer 1,40. Rehme bei Deynhäusen von Genossen 10.—, Rousdorf, durch den Vertrauensmann 20.—, Saube, gef. auf einer Kindtaufe 3,50. Stettin, v. Genossen 100.—, Sagan, v. Genossen 52,15. Begegnad 47,60. Werbau, Kindtaufe Albertstr. 2.—, Hamburg-Eimsbüttel, 8. April 1896.

Für den geschäftsführenden Ausschuß:
A. Werlich, Eichenstr. 4, I.

„Keineswegs, denn wir sind nicht Schuld daran.“
„Wer denn?“
„Unsere Feinde, die Regierung.“
Ludwig Lindner blickte den Sozialisten an, als ob er es mit einem Irrsinnigen zu thun habe.
„Ich glaube, Du willst mich zum Narren halten, Wendelin.“
„Durchaus nicht. Gewissen Behörden liegt nur daran, uns zu vernichten, in den Augen der Menge zu dis-kreditiren, und da sie es mit der Wahrheit nicht können, nehmen sie ihre Zuflucht zu krummen Wegen. Weißt Du, wer mir jenes Flugblatt übergeben und mich dafür gut bezahlte?“
„Nun gewiß, doch jedenfalls einer von Deinen Ge-nossen.“
„Ein verfluchter Spizgel, ein verkappter Polizei-Kom-missar, der sich mit gefälschten Papieren als Metallarbeiter mir vorstellte und angab, von der Zentralkommission unseres Verbandes an mich geschickt zu sein. Da ich für diese schon früher Flugblätter und Wahlagitationen verbreitete, die unbeanstandet blieben, trug ich keine Bedenken, ihm zu vertrauen, und arbeitslos, wie ich war, griff ich froh nach dem sich bietenden Verdienst. Das Blatt habe ich, weiß Gott, kaum gelesen, und hätte auch nichts Arges dabei gedacht, wenn unsere Vorstände dasselbe verbreiten ließen. Zu spät erfuhr ich, daß ich in eine zu schlau berechnete Falle gegangen war. Einer der Genossen hatte in dem harmlosen Metallarbeiter, der sich in unsere Versammlungen schlich, den gefürchteten Geheimpolizisten Meinrad Meßmer erkannt. Der Betrüger verdunstete, ehe man ihn an den Stragen konnte. Ich aber wurde bereits eine Stunde später verhaftet und heute Morgen ver-urtheilt.“
„Ach was,“ sagte der Schaffner ungläubig, „das sind Ammenmärchen, die Du Dir einbildest. Siehst doch in allen Zeitungen zu lesen, daß es keine Spizgel giebt, und solch unwürdiger Mittel würde sich der Staat niemals bedienen.“
Der Lithograph lächelte bitter.
„Du glaubst nicht daran; freilich, Ihr meint, was

Ihr nicht seht, das sei nicht da, und bei Euch haben ja die Spizgel nichts zu suchen. Nun, ich wünsche Dir, daß Du niemals ihre ehrenwerthe Bekanntschaft machst. Be-sonders dieser Meinrad Meßmer, dem ich zum Opfer gefallen bin, ist ein Brachteeemplar ihrer Gattung. Seit mir die Augen geöffnet sind, habe ich von den Kameraden genug über ihn erfahren; er muß eine schöne Vergangen-heit hinter sich haben. Als leichtfertiger, verbummelter Student soll er früher in unserer Stadt mehr als ein armes Mädchen unglücklich gemacht haben. Dann hat er es sich auf dem Theater versucht, und als es ihm dort nicht glückte, sein schauspielerisches Talent im Dienste der Kriminalpolizei verwerthet, die den schlauen Fuchs gut hat brauchen können. Seine Frau, von der er sich hat scheiden lassen, soll in Verzweiflung und Elend gestorben sein; aber das kümmert die Herren, die ihn verwenden, nicht, denn der Zweck heiligt nicht nur den Jesuiten die Mittel.“
Ludwig Lindner, der halb ungläubig zugehört hatte, schwieg eine Weile. Dann meinte er:
„Wenn das Alles wahr wäre, gehörte ja der Mensch ins Gefängnis und nicht Du.“
Wendelin schüttelte den Kopf.
„Ins Gefängnis . . . nein, das wäre keine Strafe für ihn, das Gefängnis entehrt nicht, weil es genug Un-schuldige umschließt. Die Menschen werden ihn nicht richten, aber Gott.“
„Gott?“ rief der Schaffner ganz erstaunt. „Aber die Leute sagen doch, daß Ihr an gar keinen Gott glaubt!“
„Auch eine Verleumdung, mit der sie uns zu schaden meinen. Die Stimme Wendelins nahm einen ernsten, feierlichen Ton an. „Wir glauben so gut wie jeder ehrl-iche Mensch an einen strengen, gerechten Gott, der das Böse straft und das Gute belohnt, wenn auch nur im Gewissen und in der eigenen Brust. Und dieser erhabene Richter wird auch jenen Elenden, der mich von den Meinen wegweist und ins Gefängnis führt, noch hier auf Erden vor seinen Richtersstuhl fordern, so wahr ich

an eine Gerechtigkeit glaube, die über Menschliches hin-ausgeht.“
Der Schaffner verstummte beschämt; es war ihm, als habe er Wendelin und seinen Genossen doch unrecht gethan, und in Gedanken wünschte er, daß Agathe zu-gegen gewesen wäre und die letzten Worte des Sozialisten gehört hätte. Aber zugleich fiel die Noth und das Elend des armen Mädchens schwer auf sein Herz, und in plöz-lich gesaßtem Vertrauen zu Wendelin erzählte er ihm Alles, was ihn bedrückte.
Die freundlichen offenen Augen des Lithographen schimmerten feucht und sein gutmüthiges, redliches Gesicht nahm den Ausdruck innigsten Mitleids an. „Armer Kerl“, sagte er, „da geht es Euch ja schlechter wie mir, die Meinen bringen sich schon durch und mich muß ein-stweilen der Staat auf seine Kosten füttern. Da, nimm, es ist das Letzte, was ich habe.“ Er öffnete seinen ledernen Beutel und ließ eine Anzahl kleiner und großer Münzen in die Hände des Schaffners gleiten, der das Geld mit glänzenden Blicken überflog.
„Bier Mark . . . aber nein, das kann ich nicht an-nehmen, Du wirst es selber brauchen.“
„Im Gefängnis, wozu? Ich bin ja kein vornehmer Spizhube und darf mich nicht selbst beköstigen.“
„Wirklich, Du leihst mir das Geld?“
„Kaufe Dir und Deinem Mädchen das Nötigste und eßt Euch satt.“
Ludwig ließ das Geld in seine Tasche gleiten. „So-bald Du frei bist, gebe ich Dir Alles zurück.“
„Preßirt nicht,“ lächelte Vogelbacher, glücklich darüber, einem bedrängten Bruder geholfen zu haben. „Das Geld muß Gemeingut werden und gehört Dir so gut wie mir; behalte was Du brauchst, und wenn ich einmal in Noth bin, so kannst Du mir ausshelfen.“
Der Schaffner drückte mit warmem Drucke seine Hand, doch da im selben Augenblick ein Schutzmann in die enge Gasse trat und die Beiden scharf zu beobachten schien, machte Vogelbacher sich mit raschem Gruß los und ging, frühlichen Herzens ein Lied vor sich hinfingend, seines Weges weiter. (Fortsetzung folgt.)